

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.

Befestigungen
nehmen alle Postanstalten des
Zu- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 10. Februar. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen
der Majestät des Königs, Allerhöchstgeachtet geruhet: Dem Kaufmann S. N.
Schirokoff das Prädiplat eines R. Hoflieferanten zu verleihen; auch dem zur
Zeit bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigten Lega-
tionssekretär von Ratte die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers der
Franzosen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenle-
gen, so wie dem R. dänischen Konul in Stettin, Kaufmann L. Fregdorff,
zur Anlegung des von des Königs von Dänemark Majestät ihm verliehenen
Ritterkreuzes des Dannebrog-Ordens zu ertheilen.

Bei der heute fortgeleiteten Ziehung der 2. Klasse 119. R. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 47,804. 1 Gewinne von
4000 Thlr. auf Nr. 80,322. 2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 25
und 68,751. 3 Gewinne zu 600 Thlr. auf Nr. 6992, 13,387 und 88,605.
1 Gewinn von 200 Thlr. fiel auf Nr. 59,994; und 5 Gewinne zu 100 Thlr.
fielen auf Nr. 19,287, 22,622, 74,305, 85,049 und 86,342.

Berlin, den 9. Februar 1859.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Mittwoch, 9. Februar Vormittags. Ein
Extrablatt des „Dresdener Journals“ meldet, daß die Ge-
mählin des Erbgroßherzogs Ferdinand von Toskana, die
Prinzessin Anna Maria, Tochter des Königs von Sachsen,
in Neapel schwer erkrankte und auf ihren Wunsch am Sonn-
tag das heilige Abendmahl empfangen habe. Neuere gestern
Nachmittag eingetroffene Nachrichten melben keine Verschlim-
merung des Krankheitszustandes.

Wiesbaden, Mittwoch, 9. Februar Vorm. In der
gestrigen Sitzung der vereinigten Kammer stellte der Abge-
ordnete Mau den Antrag, die Regierung möge dem diesseiti-
gen Bundestagsgesandten in Betreff eines Pferdeausfuhrver-
bots Instruktion ertheilen. Der Antrag, für welchen auch der
Prinz Nicolaus stimmte, wurde einstimmig angenommen.
Der Regierungs-Kommissär erklärte, die Regierung werde
das Erforderliche verfügen. — Die beurlaubten Militärs des
Handwerkerstandes sind einberufen worden.

Paris, Mittwoch, 9. Februar Morgens. Die erste
Sitzung der Legislatur hat gestern stattgefunden (s. das gebr.
Tel.). In der Anrede des Präsidenten derselben, Graf
Morny, heißt es unter Anderem, er wollte von den Arbei-
ten der Legislative sprechen, aber diese kalte Analyse scheine
ihm nicht an der Zeit zu sein, indem die Deputirten sich noch
zu sehr unter dem Eindrucke der Rede des Kaisers befänden.
Er fordere die Deputirten auf, dem Kaiser unbegrenztes Ver-
trauen zu zeigen. Graf Morny sagte ferner: Lassen Sie
uns Vertrauen zu dem Kaiser haben, welcher hofft, daß der
Frieden nicht gefördert werden wird; er fügte hinzu, daß auch
andere Betrachtungen die Beunruhigungen zerstreuen müssen,
und drückte die Hoffnung aus, daß die Diplomatie oder ein
schiedsrichterlicher Spruch, durch die sechste Macht, das heißt
die öffentliche Meinung, unterstützen, die Schwierigkeiten ebnen
werde. Die öffentliche Meinung könne zwar zuweilen auf
Abwege gerathen, aber sie stelle sich doch endlich immer auf
die Seite des Rechts, der Humanität und der Gerechtigkeit.
Schließlich sagt Graf Morny: Lassen Sie uns hoffen, daß
bei den gegenwärtigen Verhältnissen die großmütigen Ideen
der loyalen und uneigennützigen Absichten des Kaisers ihren
Weg in der Welt finden werden und daß sie durch die Sympathie
der Völker adoptirt, und durch das Ansehen der Sou-
veräne unterstützt dahin gelangen werden, auf friedlichem
Wege alle schwierigen Fragen zu lösen. Die Zukunft sei, welche
sie wolle, lassen Sie uns wie in der Vergangenheit handeln,
lassen Sie uns nur unseren Patriotismus zu Rath ziehen
und uns enger um den Thron schaaren. Abfall und Schwäche
retten niemals weder das Land noch die Person. Unsere ent-
schlossene Unterstützung wird dem Kaiser mehr Autorität zu
Unterhandlungen verleihen, wie sie ihm nöthigen Falls mehr
Kraft zum Siegen geben würde.

Die „Patrie“ dementiert die „Indépendance“ und den
„Nord“, indem sie erklärt, daß das Conseil des Kaisers und
die Großwürdenträger mit der Politik des Kaisers überein-
stimmen und daß die Broschüre „Napoleon III. und Italien“
die Gesinnungen der Regierung ausdrücke.

An der gestrigen Abendbörse war der friedliche Artikel
der „Oestreichischen Correspondenz“ bekannt geworden. Die
Sp. h. hob sich auf 68, 60.

Der heutige „Moniteur“ heilt mit, daß der Prinz Na-
poleon das Ministerium der auswärtigen Kolonien wieder
übernommen habe.

(Eingeg. 10. Febr., 8 Uhr Vorm.)

Turin, Mittwoch, 9. Februar. In der heutigen
Kammer sitzung ist die Annahme des vorgelegten Gesetz-
Entwurfs wegen Abschlusses einer Auleihe mit 116 ge-
gen 35 Stimmen erfolgt. Graf Cavour sprach sehr
energisch wider Oestreichs verlehnende, durch Thatsachen
kundgegebene italienische Politik, rühmte Frankreichs
durch die Thronrede des Kaisers klar für Piemont ge-
zeigte Sympathien, und spricht die Hoffnung aus, Eng-
land, das jetzt wegen der Orientfrage zu Oestreich hin-
neige, werde die Haltung, welche es früher auf dem Pa-
riser Kongresse bewahrte, wieder annehmen, und sonach
Italiens Emmanzipation begünstigen, da es einsehen
müsste, daß die Zustände in der Lombardie sich durchaus
nicht gebessert haben.

Aufgegeben in Berlin: 10. Februar 9 Uhr 41 Min. Vormittags.
Ankunft in Posen: 10. 10. 10

Deutschland.

Preußen. [Berlin, 9. Febr.] Vom Hofe; Ver-
schiedenes.] Der Prinz-Regent ließ sich heute Vormittag von
dem Geh. Rath Illaire Vortrag halten und arbeitete darauf mit
dem Fürsten von Hohenlohe und den Ministern v. Auerswald
und v. Schleinitz. Mittags empfing Höchstselbe den General
Dannhauer, welcher heute Abend sich auf seinen Posten nach Frankfurt a. M. zurückbegeben hat. Um 2 Uhr machte der Prinz-Regent
mit seinem Sohne einen Spazierritt durch den Tiergarten und
um 5 Uhr war Tafel, zu welcher der General Fürst Wilhelm Radziwill,
der Fürst von Hohenlohe und andere hohe und hochgestellte
Personen Einladungen erhalten hatten. Die Frau Prinzessin hatte
zuvor im Niederländischen Palais die Ausstellung der für die
Victoria-Lotterie bestimmten Gegenstände besucht, wo dann mit den
übrigen hohen Herrschaften im Tiergarten spazieren gefahren und
hatte darauf ihrer Schwiegertochter einen Besuch abgestattet.

Heute Abend werden die sämtlichen Mitglieder der königlichen
Familie und die hier anwesenden fürstlichen Familien den Sub-
scriptionsball im Opernhaus besuchen. Der Andrang zur Theil-
nahme an dieser Festlichkeit war gewaltig, und ebenso machte man
auch förmliche Jagd auf die Zuschauerbillets. Mit diesen sollen
Händler brillante Geschäfte gemacht haben, da vielen Fremden, auf
der Durchreise begriffen, nur darum zu thun war, sich einen Aufblick
von dem Balle zu verschaffen. Noch größer wird der Andrang zu
dem letzten Balle, weil man auf denselben die Prinzessin Friedrich
Wilhelm erwartet. — Die gestrige Soirée des Finanzministers
v. Patow war sehr brillant. Der Prinz-Regent und seine Gemahlin
hatten absagen lassen, weil sie eine Theegeellschaft hatten; dagegen
waren der Prinz Friedrich Wilhelm, der Prinz Adalbert, Prinz
August von Württemberg, der Prinz Wilhelm von Baden, der Prinz
zu Hohenlohe-Ingelfingen, der Fürst Wilhelm Radziwill und an-
dere fürstliche Personen erschienen; außerdem waren anwesend die
Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers v. Bonin und des
Ministers der Landwirtschaft, Grafen v. Pückler, das diplomatische
Korps und viele Landtagsmitglieder, namentlich Abgeordnete.
Die Ballfestlichkeit begann um 9 Uhr und endete um 1/2 Uhr
Nachts. — Heute gab der Minister des Innern ein parlamentarisches
Diner und morgen findet ein solches bei dem Minister des
Auswärtigen, v. Schleinitz, statt. — Dem Prinzen Albrecht begeg-
nete heute Mittag unter den Linden der Unfall, daß beim raschen
Fahren die Achse seines Wagens brach. Der Prinz wurde aus dem
Wagen geschleudert, nahm indes keinen Schaden und setzte darauf
die Fahrt in einer Drosche fort. Der Prinz scheint Unglück mit
seinen Wagen zu haben, denn Achsenbrüche gehören bei ihm nicht
gerade zu den Seltenheiten. — Der General v. Neumann, der
schon manche schweren Prüfungen im Leben erfahren hat, ist nun
auch durch den in der gestrigen Nacht erfolgten Tod seiner Gattin,
geb. v. Dresky, tief gebeugt worden. Obwohl schon längere Zeit
leidend, erschien sie doch am Abend noch in der Gesellschaft, die in
ihrem Hause stattfand; heute Morgen fand man sie sanft entschlafen
in ihrem Bett. Das Begräbnis ist auf Sonnabend Vormittag be-
stimmt. — Die Leiche des Grafen v. Hatzfeldt ist heute Morgen in
einem Leichenwagen aus der St. Hedwigskirche abgeholt und nach
dem niederschlesisch-märkischen Bahnhofe geschafft worden, von wo
aus sie alsbald mittels Extrazuges nach Drachenberg abging.

[Gesetzentwürfe.] Dem Bernehmen nach dürfte in
der gegenwärtigen Session des Landtages nicht mehr auf Vorlage
eines Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung geschiedener
Ehrengüte zu rechnen sein. Die Regierung erkennt die Dringlichkeit
des Gegenstandes an, die Schwierigkeiten einer nach allen Seiten
hin befriedigenden Lösung erfordern jedoch die umfassendsten Er-
örterungen und Erwägungen. Im Justizministerium ist bereits
ein neues Gesetz über die Angelegenheiten der Presse, namentlich
in Bezug auf Konzessionsentziehungen ausgearbeitet, wie die
Sp. h. hört, hat dasselbe die Zustimmung des Ministeriums des
Innern nicht gefunden und dürfte daher eine neue Gestalt annehmen
[Neue Banknoten.] Die königlich preußische Bank
wird an Stelle ihrer jetzt umlaufenden Noten à 25 Thlr. andere
von demselben Betrage ausgeben, und können deshalb die alten
Banknoten à 25 Thlr. vom 15. Februar ab bei allen Bankassen
in neue umgetauscht werden.

[Die Real Schulen.] Eine aus den Direktoren Krech
und Grobner bestehende Deputation der Behörden der bissigen Real-
schulen ist erwählt, um in einer Audienz bei dem Kultusminister
v. Bethmann-Hollweg, deren Wünsche zur Feststellung bestimmter
Grundsätze für die Realgymnasien vorzutragen.

[Die russische Note wegen Schleswig.] Aus
Holstein, 6. Februar, geht der „N. 3.“ folgendes Schreiben zu:
Während deutsche Zeitungen von den strengen Instruktionen
schreiben, nach denen der königliche Kommissarius bei der holstein-
schen Standesversammlung künftig jeder Anspielung auf Schleswig-
ische Verhältnisse in der Standesversammlung mit Energie entgegen-
treten soll, und während die Kopenhagener Presse nicht müde wird,
bald es als selbstverständlich voraus, bald es sehr weitläufig aus-
einanderzusehen, daß Niemand sich um die Behandlung Schles-
wigs zu kümmern habe, hat sich, nach den mir aus Kopenhagen
zugehenden Nachrichten, ein Kabinet, dem man schleswig-holsteinische
Sympathien nicht eben zum Vorwurf machen kann, die Freiheit
genommen, die Aufmerksamkeit der dänischen Regierung auf die
sehr bedeutsame Richtung zu lenken, die man in Bezug auf das
Herzogthum Schleswig verfolge. Dieses Kabinet ist kein andres,
als das kaiserlich russische, von dem eine hierauf bezügliche Depesche
vor ungefähr vierzehn Tagen in Kopenhagen eingelaufen und zur
Kenntnis des dänischen auswärtigen Ministers gebracht worden ist.
Noch scheint die Kenntnis von diesem Acte der k. russischen Regie-
rung nicht zur Kenntnis der Kopenhagener Blätter gelangt zu sein,
oder auch, er wird als sehr unbedeutend ignorirt, aber damit hört er
nicht auf, zu existiren und den Eingeweihten in Kopenhagen einige
Unruhe zu verursachen. Dass Württemberg vor den viel näher betheili-
gten Großmächten das Wort ergreift, ist jedenfalls bemerkens-
werth, und wenn man sich auch hüten muß, daran irgend übertrie-
bene Hoffnungen für die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der end-
lichen Entscheidung zu knüpfen, so rückt doch andererseits hiermit die
Erfüllung der eiderdänischen Hoffnungen in eine noch nebelhaftere
Ferne, und man wird sich mehr und mehr in Kopenhagen davon
überzeugen müssen, daß man sich in einem starken Irrthum befindet,
wenn man Schleswig als eine eroberte Provinz betrachten und be-
handeln zu können glaubt.

[Rüttungen in Süddeutschland.] Aus einer ver-
trauenswürdigen Quelle erhält die „B.H.“ die Mitteilung, daß
in Württemberg seit mehreren Wochen die Einberufung der Beur-
laubten stattfindet, und wie gleichzeitig versichert wird, geschieht in
Bayern das nämliche. Wie auffallend es auch ist, daß keine würt-
tembergische Zeitung hieron etwas enthält, so glauben wir doch die
Nachricht selbst verbürgen zu können. (?)

[Über die Vorgänge in Neustadt-Ebers-
walde] geht der „B. Z.“ folgende Berichtigung zu: Die unter-
zeichnete Polizeiverwaltung sieht sich gedrungen, die in dieser Zei-
tung enthaltene, hiesige Vorgänge betreffende Privatmittheilung zur
Steuer der Wahrheit dahin zu berichtigen, daß die in der Nacht
vom 27. zum 28. Januar zwischen einem Theile der zu einem
längst vor dem 27. arrangirten Subscriptionshalle in den Sälen des „Deutschen Hauses“ versammelten Bürger und der in einem
unteren Zimmer bei einer Bowle vereinigt gewesenen Akademiker
vorgekommenen Thätilkeiten lediglich auf dem zum großen Saale
führenden Korridor und auf der Creppa resp. im unteren Hausflur
stattgefunden haben, daß dabei allerdings Seitens der Akademiker
von mehreren Hirschfängern Gebrauch gemacht ist, und einige
Bürger erheblich verwundet worden sind, daß aber ein Eindringen
bewaffneter Akademiker in den Saal nicht stattgefahrt hat, und die
Mittheilung, daß letztere mit Blut bespritzt, das ganze Möbelstück,
als Tische, Stühle, Spiegel, Kronleuchter, zerstochen, auch den
Damen die Ballkleider vom Leibe gerissen seien, dahin zu reduzieren
ist, daß einige wenige in den oberen Räumen vorhandene Stühle
zerstochen worden sind, um als Waffen zu dienen. Die bereits
eingeleitete verwickelte Untersuchung hat übrigens bis jetzt nicht den
geringsten Anhalt für dir Annahme gegeben, daß die Thätilkeiten
vorher verabredet und planmäßig ausgeführt worden seien. Neustadt-Eberswalde, den 5. Februar 1859. Die Polizeiverwaltung. (Uns dünnkt, die „Berichtigung“ gesteht, wie das öfter in solchen
Fällen vorzukommen pflegt, so viel zu, daß der Vorfall immerhin
noch im höchsten Grade bedauerlich bleibt. D. Ned.)

[Reicher Fischzug.] Am 20. Januar wurden im
See bei Oberndblingen (im Mansfeldischen) und zwar in der Ge-
gend des Bades, von der Nöblinger und Amtsdofer 20 M. starken
Fischerkompanie mit einem Zuge über 500 Dragörbe Fische gefan-
gen, was, den Korb zu 10 Waagen gerechnet, ein Gewicht von
5000 Waagen oder 30.000 Pfund ergibt. Einen ähnlichen Fang
haben auch die ältesten Fischer nicht erlebt, was denn auch die vor-
erwähnte Fischerkompanie bewog, Abends auf dem See fahrend,
durch das Singen geistlicher Lieder ihren Dank für den glücklichen
Zug darzubringen. Die Aufbewahrung dieser Masse Fische bis
zum Verkaufe mache den betreffenden Fischern nicht wenig Sorge
und es müssten Brotschränke und Wurstladen, bei etlichen sogar die
ins Wasser gebrachte Kohlenhöhle die nicht ausreichenden Fischla-
sten vertreten, wo sich dann freilich zutrug, daß ein unvorherge-
sahener, des Nachts sich erhebender Wind die Bande des lexten
lockte und die Fische wieder größtentheils das Wette suchten.

Düsseldorf, 7. Febr. [Die lithographische Anstalt
Arz u. Comp.] wurde gestern in öffentlicher Auktion für
24,000 Thlr. an den Bankier M. Ruthenburg hier verkauft, jedoch
die Ratifikation der Gläubiger vorbehalten. Der Ankauf ist
für mehrere der Hauptgläubiger, welche mit Herrn Levi Elkan von
Köln eine Aktien-Kommandit-Gesellschaft begründen wollen,
geschehen. (R. 3.)

Erfurt, 8. Febr. [Petitionen.] In der am 4. d. abge-
haltenen Versammlung der Erfurter Wahlmänner waren circa 40
Wahlmänner zugegen. Den Hauptgegenstand der Besprechung bil-
deten zwei Petitionen an das Haus der Abgeordneten. Die erste
Petition betraf einen Antrag auf Abänderung der Wahlbezirke, da-

mit dadurch dem industriellen Bedürfnisse mehr Rechnung getragen werden könnte. Die zweite Petition trug dahin an: Landräthe oder sonstige hohe Beamte, welche als Kandidaten mit vorgeschlagen, nicht als Wahlkommissarien und Wahlbeisitzer fungiren zu lassen, um den mit dieser Stellung etwa verbundenen Einfluss auf die Wahlmänner zu beseitigen. Nach manchem Für und Wider wurde die Abstimmung beschlossen und von der Mehrheit der Anwesenden unterzeichnet. Nach diesem wurde des vielleicht noch in dieser Kammerleßion von der Regierung einzureichenden Grundsteuergesetzes gedacht. Es wurde für nöthig befunden, eine Anzahl Männer zu ernennen, welche, wenn dieser Zeitpunkt eintreten sollte, sogleich für Erfurt wegen dessen besonderer ungünstigen Stellung zu der erwähnten Steuer das nöthige Beste thun sollten. Dann kam eine Erörterung der Klasse- und Einkommensteuer, welche sich über die vielfachen erheblichen Erhöhungen dieser Steuer aussprach und dabei des Überschusses der dadurch erzielten Staatseinnahmen gedachte. Man hielt es für angemessen, daß weiteren Erhöhungen dadurch zu begegnen sei, wenn durch ein Gesetz ein jeder Kreis ein gewisses Kontingent aufzubringen hätte. Zum Schlus wurde noch darauf angetragen, daß auch Erfurt etwa durch Magistrat und Stadverordnete sich gleich anderen Städten dafür verwenden möchte, daß das den Abiturienten der Realschulen entzogene Recht, sofort in gewisse Akademien einzutreten, wiedergegeben werden möge. (E. 3.)

Magdeburg, 7. Febr. [Die freie Gemeinde.] Gestern war die erste ungehinderte Erbauung der freien Religionsgesellschaft. Sie fand Nachmittags um 3 Uhr im Hause der ehemaligen freien Gemeinde statt, welches im vorigen Jahre in den Besitz des Predigers Uhlich übergegangen ist. Die polizeiliche Überwachung fand wie früher statt. (M. 3.)

Nürnberg, 8. Febr. [Städtische Verwaltung.] In Folge der sich steigernden Einfüllungen der Stadt ist vom 1. Jan. eine Herabsetzung der städtischen Einkommensteuer von 2 Thlr., auf 1 Thlr. 20 Sgr, also um $\frac{1}{3}$ Proz, erfolgt. Neben dieser Herabsetzung ist es den städtischen Behörden überdies möglich geworden, die Gehälter der städtischen Elementarlehrer wieder um 411 Thlr. jährlich zu erhöhen und 5 städtischen Subaltern-Beamten jedem eine Zulage von 50 Thlrn. jährlich zu gewähren. (M. C.)

Stettin, 8. Febr. [Eine Unthalt.] Vorgestern Abend traf der Gutsbesitzer Edzardi in Torney auf seinem Gutshofe neben einem mit Stroh gedeckten Wirtschaftsgebäude zwei Soldaten, Cigarren rauchend. Er verwies denselben das Rauchen; es entstand ein Wortwechsel und Herr E. wollte dem einen Soldaten die Mütze abnehmen, um die Person derselben identifizieren zu können. Darauf zogen die Soldaten ihre Säbel und verwundeten den alten Mann durch einen Hieb über den Kopf und worten an der Stirn gefährlich. Die Täter sind erkannt. (N. 3.)

Ostreich. **Wien**, 8. Febr. [Die Anleihe; die Hospodarewahl in der Walachei.] Einem niedergeschlagenen Eindruck macht die Ungunst, mit welcher die neue Anleihe in England und Deutschland aufgenommen wird. Es hat überrascht, daß Rothschild am hiesigen Platze so wenig als sonst an den Hauptmärkten der diesseitigen Staatspapiere Veranftaltung getroffen hat, um Subskriptionen zu Wege zu bringen. Wir haben hier das Programm der Operation erst aus der "Bank- und Handels-Zeitung" erfahren, später brachten es uns die Londoner Blätter, eine offizielle Veröffentlichung hat hier nicht stattgefunden. Der Grund kann kein anderer sein, als daß man die älteren Staatsanleihen durch die Konkurrenz des neuen zu drücken fürchtete. — Aus der Wahl des Alexander Cosa zum Hospodaren der Walachei gehen neue Befürchtungen hervor. Nachdem die Pforte schon die Wahl für die Moldau nicht ohne Beanstandung zugelassen hat, kann man gar nicht daran zweifeln, daß die ganz im Widerspruch mit der Pariser Konvention erfolgte Wahl desselben Mannes zum Fürsten der Walachei in Konstantinopel nicht bestätigt werden wird. Sollte sich die Nachricht bestätigen, die heute hier verbreitet wird, daß Ethem Pascha mit den ausgedehntesten Vollmachten in die rumänischen Fürstenthümer abgeschickt ist und die Instruktion hat, mit einem großen Theile der rumänischen Armee nöthigenfalls in die Fürstenthümer einzurücken (s. unten), um die oberherrlichen Rechte der Pforte herzustellen, so hätten wir einen Konflikt in der nächsten Nähe von unabsehbaren Folgen für den allgemeinen Frieden. (B. 3.)

[Handelsvertrag mit Russland; Karageorgewitsch.] Die Verhandlungen, welche den Abschluß eines neuen Handelsvertrags zwischen Ostreich und Russland bezeichnen, scheinen den gewünschten Fortgang nicht zu nehmen. Wie es heißt, weigert man sich in Petersburg, bei mehreren für die österreichische Industrie gerade wichtigsten Posten eine entsprechende Ermäßigung der Zollsätze zu bewilligen, während man dagegen unsererseits viele Bereitwilligkeit zeigt, die russischen Wünsche, so weit es nur immer möglich ist, zu erfüllen. — Der Erzbischof von Serbien, Alexander Karageorgewitsch, hatte um eine Audienz beim Kaiser nachgesucht und wurde am 4. d. v. Sr. Majestät empfangen.

Mailand, 5. Febr. [Delegat.] Die Wiederholung der Oper "Norma" im Scala-Theater ist verboten worden.

Bayern. **München**, 6. Febr. [Die Prinzessin Luitpold] ist gestern abermals an einer Brust-Entzündung erkrankt, so daß alsdann ein Aderlaß und Blutegel angewendet werden müssen. In Folge dessen hat sich die Krankheit zwar noch nicht gebessert, doch auch nicht verschlimmert, so daß man Hoffnung hegt, dieselbe werde diesmal eine vorübergehende sein. Sowohl gestern als heute verweilte die Königin mehrere Stunden bei der hohen Kranken. (N. 3.)

Hannover, 8. Februar. [Das Verhaftungsrecht.] Die neueste Legislation enthält unter Anderm die Bestimmung, daß der einer Gegegertretung "Verächtige" nicht bloß von der Staatsanwaltschaft, sondern von jedem Polizisten, sogar von jeder Privatperson, festgenommen werden darf, wenn "zu befürchten steht", daß er seine Freiheit dazu benutzen werde, um die Spuren des Verbrechens zu vertilgen, oder "durch Verabredung mit Mithilfenden und Zeugen die Untersuchung zu erschweren". Das heißt zu deutsch: immer; denn wo kein Mithilfender, wird regelmäßig doch ein Zeuge sich aufstellen, und von einer dienstbeflissenen Schutzmannschaft, gleichviel, ob als Aulaß oder als Vorwand zur Verhaftnahme eines "Verächtigen", sich aufstellen lassen, der dies wiederum vielleicht bloß in den Augen jener Korporation ist. Es ist offenbar, man wird von persönlicher Freiheit in einem Staate

nicht reden dürfen, in dem der rege Saifirungseifer jedes Polizeibeamten oder gar die eitle Furcht eines beliebigen Privaten 24 Stunden Detentionsarrest über Unschuldige verhängen kann. Wohin muß eine Kriminalpolitik führen, die, wie diese, die Freiheit Aller beschränkt, um der Wenigen, die ihrer unwert sind, recht sicher zu sein. Bestimmungen, wie die gestern mit wenig Stimmenmehrheit zum Gesetz erhobenen, sind ganz geeignet, derartige Uebergänge mit der legalen Sanktion, die sie ihnen ertheilen, erst recht ins Leben zu rufen.

Sachsen. **Leipzig**, 8. Febr. [Der Eisenbahnunfall.] Über den in Nr. 32 erwähnten Unfall, der sich am 2. Febr. auf der sächsisch-bayerischen Eisenbahn zugetragen, erfährt die "Pr. 3." aus amtlicher Quelle Folgendes: Am Nachmittage des 2. Febr. ist während eines starken Schneegestöbers und während in Folge dessen die optischen Signale ihren Dienst versagten, auf der im bayerischen Gebiete gelegenen eingeleitigen Strecke der sächsisch-bayerischen Staatseisenbahn eine von Hof mit einem Packwagen und dem darin untergebrachten Fahrpersonal eines nach Hof gebrachten Güterzuges von dort zurückkehrende Lokomotive einem der von Zwittau nach Hof expedirten Kohlen-Extrazüge entgegengelaufen. Der Zusammenstoß der beiden Maschinen, obwohl deren Lauf, sobald die Gefahr bemerkt war, sofort gehemmt worden, hat, ohne daß eine Entgleitung stattfand, starke Beschädigungen der Lokomotiven und der zugehörigen Tender, so wie eines Kohlenwagens, außerdem aber die Verlegung von acht Personen des Maschinen- und Fahrspersonals zur Folge gehabt. Fahrgäste haben sich bei dem Unfälle eben so wenig befunden, als der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist. Die obgedachten Verlegungen sind der Mehrzahl nach unbedeutende. Gegenstand der eingeleiteten Untersuchung ist die Ermittlung, wem es zur Last fällt, daß der Abgang der rückkehrenden Lokomotive von Hof ordnungswidrig ohne vorherige bei der Stations-Verwaltung bewirkte Abmeldung und somit dem inmittelst angemeldeten Kohlenzuge entgegen erfolgte.

Baden. **Karlsruhe**, 8. Febr. [Die Agenda.] Der Oberkirchenrat hat in den letzten Tagen vor Monats an die Dekanate einen Beschlus ergehen lassen, worin er sagt: daß, da die neue Kirchenordnung Kirchengesetz sei, es den Kirchengemeinderäthen nicht zustehe, zu beschließen, ob er deren Einführung zugeben wolle oder nicht, oder ob es bei der bisherigen Ordnung zu verbleiben habe; nur der Landesfürst könne in einzelnen Fällen bis auf Weiteres von deren Einführung dispensiren, daher die Kirchengemeinderäthe auch nur Anträge in dieser Richtung stellen könnten. Formell mag, wie das "Fr. 3." zu dieser Nachricht bemerkt, der Oberkirchenrat Recht haben. Sollte aber dieser Beschlus mit der Hoffnung aufgegeben werden sein, daß durch die gemeinlich bei Petitionen an den Landesherrn entstehenden Bedenken und Schwierigkeiten die Kirchengemeinderäthe und Gemeinden las und mürbe werden, diese daher jene unterlassen und er dann gewonne Spiel haben würde, so möchte diese Hoffnung doch gewagt sein.

Anhalt. **Bernburg**, 8. Febr. [Die Verfassungsverhältnisse; Notstand des Landmannes.] Bei der Eröffnung des Landtages erklärte der Staatsminister v. Schäppell unter Anderm Folgendes:

Leider ist das Ministerium nicht in der Lage, der geehrten Versammlung von der bei dem Schluß der vorjährigen Landtagsdiät in Aussicht gestellten definitiven Regelung unserer Verfassungsverhältnisse Mittheilung machen zu können, da von den noch vorhandenen ritterhaften Mitgliedern der anhaltischen Gesamtlandschaft gegen die von dem Landtag angenommene und von den gnädigsten Landesherrschäften genehmigte Landtagsordnung Wünsche geltend gemacht sind, welche zu neuen Vernehmungen zwischen den beiderseitigen anhaltischen Höchsten Landesherrschäften Anlaß gegeben haben. Das Ministerium unterhält indeß die Hoffnung, daß diese Angelegenheit vor dem Schluß der diesjährigen Landtagsdiät so weit gediehen sein wird, um übersehen zu können, ob Anhalt auf dem seit Jahren verfolgten Wege überhaupt zum Ziele gelangen, oder aber das Ordnen seiner Verfassungsgestände durch Vermittelung des Hohen deutschen Bundes zu erwarten haben wird.

In Bezug auf die Lage des ackerbauenden Standes sagte die Eröffnungsrede, daß Anhalt durch die unglücklichen Witterungsverhältnisse des letzten Jahres in einer Weise heimgesucht worden sei, die nur wenige Mitglieder des Ackerbaustandes unberührt gelassen, viele aber sehr schwer betroffen habe. Diese Verluste hätten auch in anderen Erwerbskreisen eine nachtheilige Rückwirkung geäußert.

Holstein. **Kiel**, 7. Febr. [Dänische Finanzwirthschaft.] Die Klage der Bewohner der Herzogthümer über eigenmächtiges und gesetzwidriges Verfahren der Regierung wird in Bezug der gesamtstaatlichen Finanzen von den Dänen geheilt. Statt nämlich die in den Etats verzeichneten Säge nur als Rechnungssäge anzusehen und im Falle eines Minderbedarfs das eingezahlte Zuviel den Kassen der einzelnen Landestheile zurückzugeben, behält die Regierung dies Mehr für den "gemeinsamen Kassenbestand". Für die dänischen Landestheile ist dies nicht in dem Grade drückend, wie für die Herzogthümer, da die "gemeinsame" Kasse wesentlich Dänemark zu Gebote steht; schlimmer aber stellt sich das Verhältniß für die Herzogthümer, welche eine nur den Dänen zu Gebote stehende Kasse mit reichen Summen füllen müssen, ohne daß, wie selbst Dänen anerkennen, zu der Zurückbehaltung nicht aufgewandter Summen ein Rechtsgrund vorhanden ist. Selbst die Regierung erkennt, wie die Erklärung des k. Kommissars in der Session von 1855—56 besagt, den Mangel eines solchen Rechtsgrundes an; dennoch hat sie auch nach jener Zeit die zuviel eingezahlten Summen nicht zurückgegeben und hat auch jetzt sich geweigert, dem Verlangen der holsteinschen Ständeversammlung auf Herauszugabe von 313,341 Thlr. nachzukommen. Man sieht, daß die Holsteiner selbst auf offizielle Erklärungen der dänischen Minister nicht bauen können. (Pr. 3.)

Mecklenburg. **Schwerin**, 8. Februar. [Pferdeausfuhr.] Der Nachricht, daß in der letzten Zeit französische Händler anfeindliche Einkäufe von Remontepferden in Mecklenburg, Holstein und in den Ländern an der Elbe- und Wesermündung gemacht hätten, können wir mit Entschiedenheit widerprüchen. Alljährlich um diese Zeit, bis Ende Februar, finden auf dem "Schulterblatt" bei Hamburg und in mehreren holsteinschen, hannoverschen und mecklenburgischen Orten sehr anfeindliche Pferdemärkte statt, auf denen die im letzten Herbst eingestallten Pferde dann an die fremden Händler aus Frankreich, Italien, der Schweiz und Süddeutschland verkauft werden. Dies ist denn auch jetzt wieder geschehen, und es kaufte z. B. auf dem letzten Hamburger Markt Pferdehändler aus Frankreich 280 Pferde, daher denn vielleicht in jüngster Zeit ansehn-

lichere Pferdetransporte die deutsch-französische Grenze überschritten haben mögen. Es sind dies aber fast lediglich nur teure Luxuspferde zum Preise von 60, 80—100 Louisdor per Stück, und mehr zum Dienst reicher Leute, als für Kavallerie- oder Artillerie-Regimenter bestimmt. Französische Remonten sind in Norddeutschland bisher noch gar nicht gekauft worden, und dürften dort auch schwierlich in nur einigermaßen bedeutender Zahl zu erhalten sein, da z. B. in Mecklenburg alljährlich 6—800 ordinäre Pferde aus Dänemark eingeführt werden, und die großherzoglich mecklenburgische Kavallerie und Artillerie ihre nötigen Pferde bereits mit 160—190 Thlr. das Stück bezahlen müßt. (A. 3.)

Sächs. Herzogth. **Gotha**, 8. Febr. [Die Augenentzündung.] Die auf einen so bedeutenden Theil der hiesigen Garnison sich ausdehnende Augenentzündlichkeit nimmt, soweit zuverlässige Kunde darüber vorliegt, einen sehr gutartigen Verlauf. Trotzdem hat der regierende Herzog den Kommandeur des Regiments, den k. preuß. Major v. Witzleben, vor einigen Tagen nach Berlin gesendet, um die Meinung des Prof. Dr. v. Gräfe über die geheimnißvolle Krankheit einzuhören. Der als erste Autorität auf diesem Gebiete anerkannte Mann ist in Begleitung eines Assistenzarztes hier eingetroffen. Es ist möglich, daß beide Herren auch nach Coburg zur Besichtigung der dortigen Kranken reisen. (R. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 7. Febr. [Tagesbericht.] Von Admiral Sartorius ist ein Brief in der "Times" abgedruckt, in welchem er den Beweis führt, daß England durch Landbefestigungen allein gegen einen plötzlichen Überfall nimmermehr gesichert werden könne, daß sein Hauptschutz vielmehr, abgesehen von der Flotte, in schweren Feldbatterien bestehe, die sich rasch nach jedem bedrohten Punkte schaffen ließen. — Der Jahrestag der Geburt Felix Mendelssohn Bartholdy's wurde durch ein Riesenkoncert in der St. Martins-Halle auf das Würdigste gefeiert. Es versteht sich von selbst, daß nur Werke des Verstorbenen zur Aufführung kamen (Herr Pauer aus Wien spielte das große Konzert Nr. 2 in D-moll) und wie immer in England, wo es sich um eine Mendelssohnfeier handelt, war auch diesmal der Saal bis in seine entferntesten Räume gefüllt. — Auf der Great Western Railroad laufen seit ein paar Wochen Schlaf-Waggons. Sie enthalten in drei Reihen 36 Betten auf Federn mit Haarmatte und warmer Decke. Sonst haben die Schlaf-Waggons alle Bequemlichkeiten eines Schlafzimmers und schaukeln ihres Gewichtes wegen nicht so sehr, als die andern Waggons. Die Damen haben ihren eigenen Salon.

[Parlamentsvorlagen.] Drei wichtige Altersstücke sind vorgestern gedruckt worden, um heute dem Parlamente mitgetheilt zu werden: Die im vergangenen Jahre in Paris unterzeichnete, die Organisation der Moldau und Walachei betreffende Konvention; eine zweite zwischen der Königin und dem Kaiser von Brasilien abgeschlossene Konvention, die im Juni 1858 in Rio gezeichnet worden war und sich auf die Niedersetzung einer gemischten Kommission zur Untersuchung der gegenseitigen Geldansprüche ihrer resp. Regierungen und Unterthanen bezieht, und ein in Petersburg am 12. ult. gezeichneter Handels- und Schiffsahrtvertrag zwischen der Königin und dem Kaiser von Russland, der beiden Staaten gegenwärtige Handels- und Schiffsahrt freiheit sichert und dessen 11 Artikel den Unterthanen beider Mächte volle Freiheit, in beiden Staaten zu reisen, sich aufzuhalten, Häuser und Verkaufsläden zu miethen und Geschäfte zu betreiben, garantirt.

[Die Flugschrift "Napoleon III. und Italien"] findet in den Augen der "Times" nicht viel Gnade. "Niemand", sagt das englische Blatt, "der an die marktlichen Kommentare gewohnt ist, mit welchen die Freimaurer die Tagesgeschichte begleiten, kann so solches Geschreibsel leSEN, ohne sich Glück dazu zu wünschen, daß er nicht in dem Lande lebt, welches dasselbe hervorbringen vermöchte. Da wollen wir uns denn doch lieber die Landplage endloser hohler Redensarten, die Rodomontaden und persönlichen Maliceen, kurz, die ganze grelle Hölle der zugelosten und unbarinherzigsten Zeitungsliteratur gefallen lassen, als jene Finsternis, welche durch einen jolten phosphorartigen Lichtblitz erhebt werden kann. Wenn das Aufklärung sein soll, was nun dann Unwissenheit sein! Wenn das Aufklärung sein soll, wie nun vorher im Dunkeln umhergetappt haben! Wenn man sieht, wie das schwerfällige Rüstzeug einer langen Abhandlung in Bewegung gesetzt wird, um eine Frage zu lösen, über welche so viel korrespondiert, hin und her geredet und von der Börse spekulirt worden ist, und in Bezug auf welche man sich bei seinem Handeln so sehr wie möglich von dem prättischen Gesichtspunkte hat leiten lassen, so ist das eben so wunderlich, als wenn wir eine gespenstische Heerthäfen hätten, wo Soldaten des neunzehnten Jahrhunderts mit Arquebussen und Feldschanzen hantieren und Wachposten mit Partisanen vor dem Zelt des Generals ständen. Allein dieses Schriftstück ist noch in ganz besonderer Weise alfräisch. Es behandelt in geschicklicher Weise, welche anders als vom praktischen Gesichtspunkte und als Fragen von augenblicklicher Wichtigkeit zu behandeln, eine Albernheit ist. Was sollen wir von einem Manifest halten, dessen Verfaßer uns inmitten allgemeiner Bestürzung nichts Anderes bietet, als tönde Redensarten, wie man sie wohl von einem Professor auf dem Ratheder erwartet? Und was sollen wir von einem Publizisten halten, der eine furchtbare Aufregung und Spannung durch Diskussionen zu verhindern sucht, die vor fünf oder zehn Jahren hätten geschrieben werden können? Wie der Kaiser Napoleon seine Rüstungen einfießt, Europa friedliche Versicherungen ertheilen und den Nebermuth seines neuen Verwandten zügeln. Dann wird er in England einen bereitwilligen Bundesgenoten finden, wenn es sich darum handelt, den wirklichen Leiden Italiens abzuhelfen. Viel Unheil ist bereits angerichtet worden; der Stolz Österreichs und der deutsche Nationalgeist ist durch frevelhafte Kundgebungen rege gemacht worden, und dem Herrscher Frankreichs ist das wunderbare Kunststück gelungen, neun Zehntel der englischen Liberalen in Beute zu verwandeln, die mit der Macht sympathisieren, auf welche sie sonst zu ihm pflegten. Trotz dieser Nachtheile jedoch kann er noch immer etwas für Italien thun. Ein Jahr voll Ruhe und Mäßigung vermag zu bewirken, daß sein Name auf der Halbinsel geachtet wird. Der alte Kanonenbusch jedoch, den er in einem Offensivkriege abfeuert, wird zur Folge haben, daß Europa ihn und die Sache, welche er verübt, in die Acht erklärt."

[Vom Hofe; über Italien; die Reformbill.] Die Herzogin von Kent gab am Freitag in Frogmore zu Ehren der Geburt ihres Berliner Urenfels einen Kinderball, welchem die Königin, der Prinz George und die in England anwesenden Sproßlinge des k. Paars bewohnten. Die "Times" enthält ein Eingefäßt, in welchem ein "Sener" eine eigenhümliche Illustration zu dem "Italia farà da sé" (Italien wird schon allein fertig werden) liefert. Italien, sagt er, sei ein reiches Land, und wenn die Begeisterung für die Sache Italiens so groß sei, so könne das italienische Volk dies durch beweisen, daß es gehörig zu der sardinischen Anleihe beisteuere. Wenn es dies nicht thue, so werde das Welt keine hohe Meinung von der Öffentlichkeit Italiens haben. — Der "Morning Star" erklärt sich zu der Mittheilung ermächtigt, daß die Regierung in 3 Wochen ihre Reformbill einbringen werde.

[Ergänzungen.] Einem Telegramm der "Times" aus Alexandria, 2. Febr., entnehmen wir noch Folgendes: Die Posten aus Indien sind angekommen mit Nachrichten aus Kalkutta vom 9. Jan. Einer aus Allahabad, 1. Jan., datirten Anzeige zufolge ist das Pendjab zu einer besondern Präfektur erhoben worden. Zu Kalkutta betrachtete man den Feldzug in Auda als beendet. Ein vom 11. (?) Jan. aus Allahabad datirtes Telegramm meldet aus Gwalior, daß 3000 Mann von dem Heere Tantia Toppis über den Tschumbul gegangen waren und nach Ochapore marschierten.

Frankreich. [Französisches Reich und die Verträge.] Napoleon III. ist an dem gefährlichen Wendepunkte angelangt, wo seine Stellung zu den Verträgen von 1815 endlich klar werden muß. Bei der Wiederherstellung des Kaiserthums war dies der Punkt, der bei den übrigen Kabinetten die gerechte Bedenken erweckte. Der neue Souverän war damals nicht sparsam mit den feierlichsten Belehrungen an alle Höfe, daß er den Besitzstand von 1815 ohne den geringsten Hintergedanken anerkenne. Nichts konnte die junge Regierung damals tiefer verlegen, als der leiseste Zweifel an der Aufrichtigkeit der Phrase, daß das Kaiserthum der Friede sei. Bis zu einer Art von Banatismus steigerte sich die Leidenschaft für die „Heiligkeit der Verträge“ bei dem Beginn des orientalischen Krieges. Niemand konnte sich an dem Charakter der Kaiserlichen Politik schwerer veründigen, als wer etwa angenommen hätte, daß der französische Gesandte in Konstantinopel den Schlüsselstreit begonnen, um den reizbaren und starren Kaiser Nikolaus zu einer Reihe von Uebergriffen herauszufordern, in die er sich bei geschickter Benutzung zulegt ohne eine Möglichkeit der Rückkehr zu sprengen. Die Schmeicheleien, welche man heute an England und Preußen ausgiebt, wollen wenig sagen im Vergleich zu denjenigen, welche damals mit Erfolg angewandt wurden, um zuerst Österreich aus dem Bunde der drei nordischen Mächte hinzu zu ziehen. Österreich war damals in den hiesigen offiziösen Blättern der Alsterkarte, der die Förderung der Civilisation mit den frähesten Bürgerschaften der öffentlichen Ordnung zu vereinigen wußte, wie kein anderer, nur etwa das französische Schwesternreich ausgenommen. Man sprach entzückt von der Persönlichkeit des jungen ritterlichen Kaisers, von den Fortschrittsministern Buol, Bach und Brud. Die italienische Frage kostete die Harmonie so wenig, daß Österreich für den Fall seiner Teilnahme am Kriege seine Belehrungen auf der apenninischen Halbinsel ausdrücklich garantiert wurden. Die legte That auf dieser Bahn war die Tripelallianz mit Österreich und England, in welcher jeder Versuch, die Errungenheiten des Pariser Friedens vom März 1856 anzutasten, zum Kriegsfall gestempelt wurde. Mit welchem Gewissen bereits dieser legte Traktat abgeschlossen wurde, zeigt die ununterbrochene Agitation für die Eroberung der Pforte und die Zertüpfung des türkischen Reiches, die seitdem ihren Mittelpunkt in Paris gefunden hat. Man hat erreicht, daß nicht nur Montenegro als unabhängiger Staat konstituiert ist, sondern jedes Band so gut wie gelöst ist, welches Serbien und die Donauprovinzen noch an die Pforte knüpft. Nachdem man die heilige Allianz gesprengt und Russland eine Schlappe verloren hat, man alle Pläne überboten, welche letzteres bei dem Beginne des Krieges gegen konnten. Die neuere Fürstentumwahl in den Donauprovinzen, welche den klaren Stipulationen der kaum einige Monate alten Verträge ins Gesicht schlägt, zeigt dieser hinterlistigen Politik die Krone auf. Das „Pays“ und die „Patrie“ brechen bereits in lautem Jubel über dieses neueste Werk der französischen Diplomatie aus. Sie leugnen nicht, daß die Wahl Gouva's in Batarej mit der Pariser Konvention vom 9. August 1858 unvereinbar ist; aber es steht ja frei, die Verträge nachträglich mit den vollendeten Thatsachen in Übereinstimmung zu bringen. Und bei allen wird Österreich als der eigentliche Störenfried angeklagt, der durch seinen fortwährenden Widerspruch gegen die hochherzigen Absichten Frankreichs endlos Vermischungen ansetzte. Das Vorpriest an der Donau wird jetzt auf eine andere, ungleich dankbarere Bühne übergetragen. Der Befreiung Rumäniens reicht sich diejenige Italiens an, nur daß man hier nicht die Befreiung beginnen darf, durch die Konkurrenz Russlands schließlich verdrängt zu werden; man denkt, auf diesem Boden die Früchte allein zu sammeln. Hier freilich ist man zum ersten Male in der Lage, den Besitzstand von 1815 offen antreten zu müssen. (Pr. 3.)

[Die Getreidefrage; Adelstitel; Musikfest.] Der Minister des Alterbaus überreichte dem Kaiser jüngst einen Bericht in Betref der Getreidefrage, welcher dem Staatsrath mitgetheilt wurde und vom „Semaphore“ als der Ausdruck der Ansicht der Regierung in dieser Frage und als Grundlage des dem gegebenden Körper vorzulegenden Entwurfes angesehen wird. Der Bericht empfiehlt: 1) Beibehaltung des Systems der beweglichen Zollstufenleiter; 2) Reduzierung der vier Klassen auf zwei; 3) Heraushebung der Nebertaxe für ausländisches Getreide von 1 Fr. 50 C. auf 1 Fr.; 4) Roggen, Gerste, Hafer, Wäschetrocken der Kategorie der Getreidearten, welche der beweglichen Stufenleiter unterworfen sind, auszuschließen, und endlich 5) die Zollgebühren für Hülsenfrüchte von 10 auf 2 Fr. per 100 Kilogramm zu reduzieren. — In Folge des Geheges wegen Wiederherstellung der Adelstitel wurden an vielen aristokratischen Hotels des Faubourg St. Germain die Namen und Wappen wieder hergestellt, welche die Revolution von 1830 verwischte hatte. Drei oder vier Hotels haben wafer Stand gehalten und die Namen Larochefoucauld, Doudouville, Caillries u. nicht von den Façaden weggenommen; jetzt aber fehlen viele alte Familien zu diesem Gebrauch zurück. — Das große Musikfest, welches im Industripalaste 7000 Sänger von allen Punkten Frankreichs vereinen wird, soll am 11., 12. und 13. März stattfinden. 11 Chöre von Beozzi, Mendelssohn, Mozart, Meyerbeer, Lacombe, David, Kinde, Nicolo, Bouard u. s. w. werden von allen Vereinen zusammen vorgetragen werden.

[Bestimmung der Börse; Gründung der Session.] Die friedlichen Gerichte der beiden letzten Tage sind plötzlich verschwunden. Die Thronrede, welche um 1½ Uhr an der Börse bekannt wurde, die hohe Sprache derselben, die Missachtung, die man darin für die Interessen der Börse und andere ähnliche Dinge ausdrückte, die offizielle Konstatirung der schlechten Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich, die etwas höhnische Sprache Betreffs Englands, die Bevorzugung Russlands und Piemonts: alles dieses verdeckte die Begeisterung unserer Bourgeois, und dieses Mal schneller, als sie gekommen war. Die Prozentrente, die um 12 Uhr 69, 25 gemacht hatte, fiel rasch auf 68, 10 und wird wohl bald wieder auf 66, 50 stehen, was, wie die „Presse“ gestern erklärte, ein kriegerischer Kurs ist. — Die Gründung des gesetzgebenden Körpers, bei welcher Gelegenheit der Kaiser bestimmt seine Rede hielt, fand im Ständesaale im neuen Louvre mit großer Feierlichkeit statt. Von 12 Uhr an fanden sich dort die Prinzen, der ganze Hof, die hohen Staatswürdenträger, die Minister und zuletzt der Kaiser ein. Die Kaiserin, in grauem Kleide, hatte ihren Platz in einer Tribüne. Zu ihrer Rechten saß die Prinzessin Mathilde. Der Kaiser saß auf dem Throne, umgeben von den Prinzen, seinem Hoffstaate und den Staats-Wortträgern. Um 1¼ Uhr erhob sich der Kaiser, um seine denkwürdigen Worte zu sprechen. Um 1½ Uhr war die ganze Feierlichkeit vorüber. Das diplomatische Corps war vollständig vertreten. Die Senatoren, Deputirten und die übrigen anwesenden Personen ließen laut die Lüfte von ihren Hochs extönen. In Paris selbst machte die Rede gerade keinen ungünstigen Eindruck. Der Kaiser verstand es, die verschiedenen Leidenschaften und Schwächen der Franzosen anzuregen. Die Thronrede hat die allgemeine Überraschung hervorgerufen. Man legt namentlich Gewicht darauf, daß der Kaiser nicht wie die Königin von England von den Verträgen spricht, sondern Frankreichs Nationalalität betont.

[Tagesnotizen.] Nach Beschuß des Finanzministers vom 26. v. M. sind nun auch die literarischen, wissenschaftlichen und artistischen Zeitschriften dem Stempel unterworfen, welche (die bisher von dieser Abgabe frei gebliebenen) Buchhändlerzeichen enthalten. — Von Stett wird dem „Africain“, jedoch ohne Angabe des Datums, geschrieben, daß es dort und in der Umgegend nun schon seit 17 Tagen ununterbrochen schneite, und die Behörden, um die Häuser vor Einsturz zu schützen, durch Trommelschlag die Reinigung der Dächer angeordnet haben. — In den letzten Tagen ist in den Ardennen ein so überaus starker Schneefall gewesen, daß der Postverkehr unterbrochen war und die Posten alle um einige Stunden später, als gewöhnlich, in Arlon eintrafen. — In Chambery wurde eine ganze Familie durch den Genüg von Sardellen, die in einer Zinnbüche eingemauert waren, vergiftet. Drei der Vergifteten konnten noch durch ärztliche Hilfe gerettet werden, eine Person erlag aber dem Gifte. — [Die Hospodarenwahl in der Walachei.] Die am 5. d. in Bukarest erfolgte Wahl des Hospodars der Moldau, Alexander Goufa, zum Hospodar der Walachei hat in den politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Dieser Eindruck ist noch dadurch verstärkt worden, daß die Nachricht jogleich in dem „Moniteur“ aufgenommen, und daß die Wahl eine einmütige gewesen. Das Verfahren des walachischen Divans ist bis jetzt noch nicht erklärbar. Dem diese Wahl ist dem Art. 3 der Konvention vom 19. August, welcher besagt, daß die öffentliche Gewalt in jedem Fürstenthum einem Hospodaren anvertraut werden soll, ausdrücklich entgegen. Denn Alexander Goufa war schon Hospodar der Moldau und konnte demnach nicht auch zu dem der Walachei gewählt werden. Seine Ernennung ist, wenn die Verfassung der Donauprincipalität nicht in einer ihrer wesentlichen Bestimmungen verlegt werden soll, von Hause aus mit dem Stempel der Ungültigkeit bezeichnet. Auf der anderen Seite spricht sich die öffentliche Meinung der Rumänen in der Doppelwahl Alexander Goufa's unverkennbar aus. Derselbe ist vom Sultan noch nicht in seiner Eigenschaft als Hospodar der Moldau bestätigt worden, und seine zweite Wahl hat besonders in Konstantinopel, wo jetzt der englische und der österreichische Einfluß vorherrschen, nicht die geringste Aussicht auf Anerkennung. Dieser unerwartete Zwischenfall ist geeignet, die Situation in den Donauprincipalitäten von Neuem zu verschärfen und Frankreichs und Österreichs gegenseitige Spannung zu vermehren. (Pr. 3.)

— [Berichtigung.] In dem Wortlaut der französischen Thronrede, die wir nach der Telegraph. Mittheilung in Nr. 32 mitgetheilt haben, hat sich durch einen Fehler auf der Route zwischen Paris und Berlin eine kleine Unaccuracy eingeschlichen. Der Kaiser Napoleon, indem er die Ver schwägung mit Piemont berührt, hat nicht die Annahme einer fast insolide (die Despeche überlegt dies: unsaurere Handlung), sondern eines fast insolite (einer ungewöhnlichen Handlung) abwehren wollen.

Paris, 8. Febr. [Selbst.] Der heutige „Moniteur“ enthält eine Proklamation des Generals Mac Mahon, Oberbefehlshabers der Armee Algeriens, welche meldet, ein Befehl des Prinzen Napoleon rufe die unter dem Befehl des Generals Renault stehende aktive Division unverzüglich nach Frankreich zurück. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Marchez, Soldaten! seid ohne Furcht, diszipliniert, unerschütterlich.“

Niederlande.

Haag, 7. Febr. [Vom Hofe; Kanalprojekt; die Sklavenemancipationsfrage; Zustand der Kapkolonien.] Der Geburtstag der Prinzessin Friedrich ging unter den üblichen öffentlichen Feierlichkeiten vor sich. Bei Sr. Maj. dem Könige stand außerdem zu Ehren der erlauchten Frau ein Galadiner statt, und am 3. d. vereinigte ein Gala-Ball am Hofslager des Prinzen Friedrich das königliche Haus, außer dem Könige, der wegen der gleichen Feierlichkeiten selten seine Gemächer zu verlassen pflegt, das diplomatische Corps, die Minister und Hof-Chargen, so wie die Spitzen der hiesigen Civil- und Militär-Behörden. — Beim Minister des Innern ist um eine Konzession zur Anlage eines die Schelde, Maas und den Rhein verbindenden Kanals nachgesucht. Als Konzessionär wird Herr v. Gorcum, Ingenieur-General a. D., bezeichnet. Das Anlagekapital ist auf 12 Millionen veranschlagt.

Aus Paramaribo meldet man, daß dortige Einwohner eine Supplik an den König vorbereiten, worin sie des Königs Majestät anheimgeben, daß vom dortigen Gouverneur, General Schimpff, eingereichte Dimissions-Gesuch im dringlichen Interesse der Kolonie von der Hand zu weisen. Gleicher Zeit sammelt man daselbst Unterschriften zu einer Adresse an die Generalstaaten. In derselben erheben sich Bedenken gegen das Gesetzprojekt hinsichtlich der Sklaven-Emanzipation, und man räth, einen desfalls Gesetz-Ausführung nur erst dann einzutreten zu lassen, wenn durch ausreichende Einwanderungen die erforderlichen Arbeitskräfte gewährleistet sein werden. Überdis erachtet man als zweckdienlich, daß den Sklavenbesitzern zur Schadloshaltung integrale Bezahlungen verabschloßt würden. — Die hier eingegangenen, bis zum 21. Dez. pr. reichenen Berichte aus der Kapstadt entwerfen ein trauriges Bild von den Niederlassungen, welche im Kaplande durch die im Krimkriege englischerseits verwendete deutsche Legion gebildet wurden. Die Dörfer stehen unbewohnt und verödet da; jedoch hofft man, durch nachgelendete Bauern diese Ansiedlungen für die Kultur zu retten. Die Kapstadt leidet an den Zuzügen der ländlichen Bevölkerungen, welche letztere, durch Hungersnoth getrieben, eine Zufluchtsstätte in der Stadt suchen. Überall flackert in verschiedenen Distrikten der Geist der Unzufriedenheit auf, während der fanatische Insurgent Kreli noch immer seinen Einfluß ausbeutet, seine Anhänger zum Viehtöten aufzufordern. Der Viehbestand ist der Reichthum oder vielmehr die einzige Nahrungsquelle der dortigen Bewohner. Kreli's Plan geht dahin, die Verführten durch die Verzweiflung des Hungers zur Empörung zu zwingen. (Pr. 3.)

Belgien.

Brüssel, 7. Febr. [Handels-Unternehmen.] Die Bildung einer unter dem Schutze der Regierung zu bewirkenden politisch-merkantilistischen Unternehmung nach China und Japan ist einem offiziellen Komité übergeben worden. Außer dem diplomatischen Personal soll das für dieses Unternehmen bestimmte Schiff einen Handels-Agenten und mehrere junge belgische Kaufleute, die sich in chinesischen und japanischen Häfen niederlassen wollen, an Bord nehmen. Die Waren, die das Schiff mitnimmt, werden aus solchen Artikeln bestehen, die man vortheilhaft abzufüllen hofft oder mit denen man Versuche machen will. Anreger dieses nicht unwichtigen und jedenfalls interessanten Vorhabens ist der Herzog von Brabant.

Antwerpen, 7. Febr. [Verurtheilung.] Das Kriegsgericht hat in Sachen des Duells von Saint-Bernard den Unterlieutenant v. Broewer zu zwei Jahren Gefängnis, den Sergeanten Gobert und den Soldaten Bourguignon als Zeugen zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

Schweiz.

Bern, 6. Febr. [Zustände in Genf; Pferdeausfuhrverbot.] Zur Charakterisirung der jüngsten Volksversammlung in Genf kommen weitere Details, von denen Besonders das Folgende bezeichnend ist. Als das üble Wetter das Abhalten der Versammlung im Freien unmöglich machte, schlug Demand die (katholische) Kirche Notre Dame vor, deren Thüren offen seien (die protestantische Kirche von St. Gervais auf dem gleichnamigen Platze war natürlich verschlossen); allein es wurde erwidert: jene sei ein „lieu sacré“, also in den „Tempel von St. Gervais“. Also öffneten sich die Pforten der protestantischen Kirche (oder wurden eingestossen), und das Volk installierte sich mit Cigarren im Munde (!), in derselben. Jener Unterschied zwischen „geheiligtem“ und ungeheiligtem Orte und das Rauchen an letzterem erklärt sich durch die Anwesenheit der Katholiken aus den ehemals savoyischen Gemeinden des Kantons, die von ihren Priestern zahlreich zur Versammlung geschickt worden zu sein scheinen. Bekanntlich sind es ja vorzugsweise diese Katholiken, auf welche sich das Regiment Fazy stützt, dessen gutes Verhältniß mit Bischof Mariller man kennt und das auch allein den dem Clerus günstigen Turiner Vertrag protegiert und dessen Abänderung zu verhindern weiß. Draſtisch ist auch folgende Stelle aus der Rede Bautier's: „On a attaqué l'acheminement le lion de St. Gervais! il est toujours le même, il a pardonné, il pardonnera encore, mais il veut, qu'on le respecte.“ Man weiß nicht, ob man mehr bedauern oder lächeln soll; und welchen eigenthümlichen Eindruck muß es erst machen, aus dem Munde eines Präsidenten des Staatsrathes von Genf Äußerungen zu vernehmen, bei denen man sich in die Zeit der französischen Schreckensherrschaft versetzt glauben könnte! Daß das Eigentum in Genf noch geachtet, die persönliche Freiheit jedes Bürgers noch gesichert ist, das soll man der „Gnade des Volkes“ verdanken, jenes Gnadenkunstes, der jede Stunde von einem aberwitzigen Plakat zusammengezogen werden kann und dann das Recht haben soll, zu proklamiren; wir stehen über Gesetz und Verfassung, und was früher als Recht jedes Bürgers gegolten hat, ist für unsre Gegner von heute an aufgehoben. Und daß man dies nicht schon heute thut, daran ist blos

die Grobmuth schuld; es konveniert noch nicht, man erachtet es noch nicht für passend! So begreift es sich, daß die öffentliche Meinung ein solches Treiben als gemein verdammt, daß auch die wirklichen Verdienste, welche das Regiment Fazy für die materielle Blüthe Genfs in mancher Hinsicht haben mag, um solchen Preis zu theuer erkauf ersehen, und die Meinung, Herr Fazy wäre wohl auch fähig, für seine Zwecke gegen die Schweiz va banque zu spielen, sich immer fester setzt. Der Schweiz kann dies bei der erprobten Lage Genfs gewiß nur ein Gegenstand ernster Aufmerksamkeit sein. Weitere Briefe aus Genf melden, daß in Folge der letzten Volksversammlung unter den Radikalen Uneinigkeit entstanden sei. Ein großer Theil der Partei soll darüber aufgebracht sein, daß die Führer das Volk, dessen Macht, Majestät ic. sie immer im Munde führen, so wegwerfend behandeln. Zuerst reizt und regt man die Masse durch die extravaganten Proklamationen auf, beruft sie zu einer Versammlung, um die „Feinde niederschmettern“. Das Volk erscheint, wird aber, weil wahrscheinlich von einer höheren Revolutions-Autorität unterdessen Instruktionen gegeben sind, sich ruhig zu verhalten, mit dem Trost heimgesucht: heute wolle man noch Gnade üben, das nächste Mal werde es dann losgehen. Solcher unwürdigen Komödie, deren Leerheit selbst mit den vollkommensten Exklamationen einer „imposanten Demonstration des Löwen von St. Gervais“ nicht verdeckt wird, schämen sich denn doch nachgerade auch die gewöhnlichsten Arbeiter. Daß der gegenwärtige Präsident des Staatsrathes, Herr Fontanel, bei diesem Anlaß eine so höchst unwürdige Rolle gespielt hat, wird von der schweizerischen Presse aufs Schärfste getadelt. Selbst die radikalsten Blätter haben kein Wort der Entschuldigung. Die Stunden des Fazy'schen Regiments sind gezählt; allgemein schämt man sich dieser Demagogen-Wirthschaft. Bevor jedoch diese Partei das Ruder aus den Händen legen wird, kann man sich noch auf manche gewalttame Auftritte gefaßt machen; denn gutwillig tritt sie nicht vom Schauplatz. Man fragt hier, gegenüber den Mittheilungen über außergewöhnliche Pferdeantläufe in der Schweiz, ob die eidgenössischen Exekutionsbehörden dem Wegziehen einer solchen Pferdemasse im gegenwärtigen Momente gleichgültig zusehen könne? Ob nicht ein provisorisches Ausfuhrverbot am Platze wäre, sofern man nicht selbst in Verlegenheit gerathen wolle? Eine allfällige eidgenössische Beobachtungsarmee im Westen und Norden und eine solche im Westen und Süden könnte allerdings gar leicht selbst in Beispiele verlegenheit gerathen; und Vorsicht ist immerhin besser, als Nachsicht. (Pr. 3.)

Bern, 7. Febr. [Die Zustände in Genf] werden immer bunter, aber auch ernster. Die Versammlung vom 31. v. M. hat bekanntlich eine Petition an den Staatsrath um Einberufung des Grossen Rathes beschlossen. Die „Nouv. de Gen.“ bringt nun folgend merkwürdige Aktenstücke, zuerst das Schreiben der Volksversammlung an den Staatsrath (zu interessant, um nicht wörtlich eine Stelle zu finden): „Herr Präsident und Messieurs! Das souveräne Volk, am 31. Januar als Volksversammlung vereinigt, überträgt Ihnen durch das Organ seiner Delegirten das einstimmige Votum, da es in Bezug auf die von der reaktionären Partei Genfs veröffentlichten Verlautungen gegen dasselbe formulirt hat. In Erwägung, daß die von Herrn de Saussure und dem „Journal de Genève“ gegen die Majorität des Volkes veröffentlichten Insulten sehr ernst Natur sind und das Verbrechen der beleidigten Nation (Lese-nation) konstituiren, beauftragt (charge) das souveräne Volk den Staatsrath, den Grossen Rath in außerordentlicher Sitzung zu berufen, um die Strafbaren durch ein feierliches Votum zu brandmarken. Genehmigen Sie ic. die Deligirten.“ Und diese Mittheilung hat der Staatsrath in einem Briefe an den Herren M. Bautier, Ducommun ic. dahn beantwortet, daß er nicht ermangeln werde, dem nächstens zu einer außerordentlichen Versammlung einzuberufenen Grossen Rath die fraglichen Gegenstände vorzulegen. Diese offizielle Antwort des Staatsrathes gibt der Versammlung vom 31. Januar und den vorausgegangenen oder nachgefolgten Umständen einen Charakter, den sie bisher nicht hatten, und mit ihr hat sich der Staatsrath offenbar außerhalb der Verfassungen und Gesetze gestellt, welche den Kanton Genf und die ganze Schweiz regieren. Die Verfassung gibt den Bürgern das Recht zu Petitionen an die konstituierten Behörden; die Volksversammlung von St. Gervais macht sich aber mehr als die Rechte des Grossen Rathes an, indem sie Befehle an den Staatsrath richtet; sie usurpiert die Attribute der Gerichte, indem sie namentlich bezeichnete Bürger, der Beleidigung der Nation schuldig erklär, während nach der Verfassung kein Bürger seinem natürlichen Richter entzogen werden darf und in keinem Falle Ausnahmegerichte stattfinden dürfen. Die versammelte Menge war in Bezug auf die Nationalität unkontrollirt und usurpierte dies Generalrats, während doch auch dieser laut der Verfassung nicht deliberieren darf; die Versammlung gerichtet sich als „souveränes Volk“, während Artikel 1 der Verfassung erklärt: das Volk besteht aus der Gesamtheit der Bürger, und die Regierungsform ist eine repräsentative Demokratie. So zerlegt das „Journal de Genève“ die seltsame Situation mit Recht beilegzend: „der Staatsrath, der die Kompetenz und die Präventions der Delegirten dieser Versammlung anerkennt, zeigt, wie er eine Verfassung achtet, welche die feierliche Garantie der Eidgenossenschaft erhalten hat.“ Die „Gaz. de Lausanne“ bemerkt: „Was wird das Resultat dieser Provokation, dieser Drohungen, dieser Gewaltthaten sein? Wohin streben diese Manöver einer abschrecklichen Politik? Man hat während zwölf Jahren daran gearbeitet, die alte Genfer Nationalität zu zerstören, und man hat wunderbar reussirt. Dieser traurige Sieg scheint Herrn Fazy und seine Freunde schwedend gemacht zu haben. Nicht zufrieden, aus Genf einen Staat haben machen zu können, der nicht mehr genferisch ist, scheint es gegenwärtig, daß sie daraus etwas Anderes zu machen suchen, als einen Schweizer Kanton.“ Das letztere Misstrauen, schon früher von uns angedeutet, wurzelt immer tiefer in der übrigen Schweiz.

Italien.

Rom, 5. Februar. [Hohe Meisen; Dementi.] Der Prinz von Wales ist am Donnerstag hier eingetroffen. — Prinz Albrecht von Preußen war abgereist, nachdem er mehrere Zusammentreffen mit dem Papste gehabt hatte. — Das offizielle „Giornale di Roma“ stellt in Abrede, daß der Belagerungszustand in Ferrara erklärt worden sei.

Turin, 5. Februar. [Marruhen.] In Cagliari und Turbia kamen unruhige Aufstände vor, welche durch das Einschreiten bewaffneter Macht unterdrückt wurden.

Moden, 4. Februar. [Sitzung im Innern.] Das hiesige Amtsblatt stellt alle Gerüchte von Aufregung in Abrede. Die Besatzer jenseits der Apenninen seien allerdings verstärkt worden, aber nur um Flüchtlingseinfälle zurückzuschlagen. Die Esthenischen Truppen würden ihre Treue glänzend bewähren.

Napoli, 4. Febr. [Der König; englische Note.] Eine in Paris eingetroffene Depeche berichtet, der König sei wieder erkrankt (?); er werde nach Caserta zurückkehren. — Eine Note der englischen Regierung hebt hervor, daß die sogenannte Amnestie ungenugend sei.

Barri, 4. Februar. [Vom Hause.] Die Frau Herzogin von Calabrien ist gestern von der Königin, dem Kronprinzen, den Erzherzögen Rainer und Wilhelm und der Frau Erzherzogin Marie hier empfangen worden. Zahllose Volksmengen hatten sich dabei eingefunden. Abends brachte der Handelsstand eine Serenade dar, heute ist Galatheater. — Se. Maj. der König befindet sich im Stadion der Rekonvaleszenz.

Spanien.

Madrid, 5. Februar. [Tel.] Die portugiesischen Kammerwahlen auf den 2. April vertagt. — Hr. Escofura fiel in den Wahlgang, welche in Folge einer doppelten Kandidatur in Madrid stattfanden, durch. — Die Sitzungen der Cortes sind ohne Interesse.

Rusland und Polen.

Petersburg, 1. Febr. [Tagesnotizen.] Das vielbesprochene Journal „Paruž“ (der Segel), von dem erst zwei Nummern erschienen sind, wird, wie es heißt, eingehen, da es den Erwartungen der Mehrzahl seiner Leser nicht entsprochen hat. — Unser so eben vom Berge Athos heimgekehrter Reisender, Sawaftanow, bringt aus der dortigen reichhaltigen Kloster-Bibliothek mehrere für die Kunde des russischen Alterthums wichtige Urkunden mit, wovon er, was zum ersten Male durch ihn beweist, worden ist, einen ganz lesbaren photographirten Abdruck genommen hat. Er wird nun an der Moskauer Hochschule, welche im Augenblick von nahezu 2000 Zuhörern besucht ist, gelehrte Vorträge über jene Werke und über die technische Anwendung seines photographischen Apparates halten. Bei uns sind dagegen Vorlesungen von dem Professor der Staatswirthschaft Gorlow angekündigt worden über die Ursachen der allgemeinen Preissteigerung aller Gegenstände in Russland.

Wie wir hören, hat der Kaiser mittels eines Rescriptes so eben gestattet, daß für die hier sich aufhaltenden Griechen der Gottesdienst in der Kasanschen Kathedrale fortan in griechischer Sprache abgehalten werden darf. — Das auswärtige Handelsamt gestattet in einem so eben veröffentlichten Reglement von jetzt ab die Einführung von vergoldeten und bemalten Thonwaren, Bassreliefs, Zinplatzen u. th. und thellt die dafür zu entrichtenden Steuerjäge mit. Neben das mit dem großen wissenschaftlichen Preise gekrönte Werk Afakoff's „über die Messen in der Ukraine“ läßt sich jetzt auch die russische „Petersburger Zeitung“ sehr lobend aus. Von Interesse ist hierbei der Umstand, daß wir zwischen den Zeilen lesen, wie die russische Presse ihre Sympathien für die Emanzipation der Juden nunmehr offen an den Tag legt. Mit besonderem Behagen macht jenes Blatt auf die Thätigkeit der Juden aufmerksam, die auf den erwähnten Messen die Hauptgeschäfte leiten. Möglicherweise tragen die Auslassungen dieses vielgelesenen Organs dazu bei, die von dem Kaiser beabsichtigte Judenreform möglichst schnell durchzuführen, da nach dem Willen unsres durchweg liberalen Monarchen nunmehr auch diesem bisher mit so schwerem Druck belasteten Volke eine Gesetzgebung zu Theil werden soll, die auf der Grundlage der Billigkeit und Humanität beruht. — Nach dem „Nord“ soll in Petersburg eine israelitische Synagoge errichtet werden. Bisher war den Israeliten daselbst die Niederlassung und die Eintragung in die Gilde nicht gestattet. (Pr. 3.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. Febr. [Der Kriegsminister; Forstverwaltung.] Die gestrige Nummer der „Post-Zidning“ brachte in ihrem offiziellen Theil folgendes: Se. Majestät hat unter dem 11. Januar in Gnaden erklärt, daß der Chef des Landverteidigungs-Departements (Kriegsminister) nächst dem Könige, Befehlshaber der Armee sein und daß es ihm in solcher Eigenschaft zukommen soll, mit der Gewalt und Vollmacht eines Chefs die Fragen, welche die Disziplin berühren, zu entscheiden. — Durch eine vom 21. Januar datirte, in der heutigen Nummer der amtlichen „Post-Zidning“ publizierte königliche Verordnung ist, in Übereinstimmung mit den vom letzten Reichstage angenommenen Anträgen, unter dem Namen „Forst-Verwaltung“ ein neues Institut errichtet worden. Dasselbe wird vom Finanz-Departement reßortieren und hier seinen Sitz haben. Zum Chef der Forstverwaltung unter dem Titel eines General-Direktors ist der bisherige Landeshauptmann im Norrbottens-Land, A. C. Ros, ernannt.

Christiania, 1. Febr. [Ordnungsstrafe.] Der gegen den Pfarrer der hiesigen katholischen Gemeinde, Herrn Lichtle, eingeleitete Prozeß ist jetzt auch in letzter Instanz entschieden worden. Das Höchstgericht hat nämlich Herrn Lichtle in eine Geldstrafe von 20 Spzhl. an die Stadtkasse, ferner 18 Thlr. an den öffentlichen Ankläger und in die Prozeßkosten verurtheilt. Derselbe hatte nämlich in dem Verzeichniß über die Mitglieder seiner Gemeinde die Namen einiger derselben vorsätzlich ausgelassen; es waren dies Frauen, die heimlich zum Katholizismus übergetreten waren. Von den Gerichten erster und zweiter Instanz war Herrn Lichtle dafür eine strengere Strafe zuerkannt worden.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Jan. [Streitigkeiten unter den Juden; Papiergeld; Gerichtswesen.] Der Riß, welcher in der hiesigen jüdischen Kolonie entstanden, dehnt sich immer klaffender aus. Vor einigen Wochen führte er zu einem blutigen Zusammenstoße. Wenn auch für den Unbefangenen die Hauptculp auf Seiten der unduldsamen Rabbiner war, so kann man dem Lehrkörper der aus Frankreich hierher gesandten jüdischen Lehrer und dem Schulkomite vielleicht den Vorwurf machen, daß sie den hiesigen Gebräuchen und Vorurtheilen zu wenig Rücksicht getragen haben. Durch die Exkommunikation ist dem Rabbinismus eine bedeutende Nahrungsquelle entgangen. Die exkommunizierten jüdischen Schlächter zahlen die Abgabe vom Schlachten an die Geistlichkeit nicht mehr. Ein anderes sehr bedeutendes Einkommen der jüdischen Priester fließt aus der Abgabe, die sie vom „Magen“,

ungefäulerten Osterbrote, bezieht. Diese beträgt drei Pfaster von der Ode. Eines der reichsten Häuser der Opposition will den Magen für alle Juden umsonst backen. — Die türkische Regierung hat eine neue finanzielle Maßregel ergriffen, durch welche eine bedeutende Ausgabe gleich jetzt schon erwartet wird. Sie hat nämlich die 6 Prozent zinstragenden Kassencheine (hogenannte große Katmes von 500, 1000 und 5000 Piastern) abgeschafft und nach der Option des Besitzers in gleiche, keine Zinsen tragende Kassencheine oder in 8 Prozent Zinsen tragende demonettierte, d. h. vom Börsenkurs abhängige Schims oder Staats-Schuldscheine umgewandelt. Letztere werden nach fünf Jahren eingelöst. — Eine andere türkische Verordnung unter der Form eines Memorandums an die verschiedenen Gesandtschaften, um dem Zeitverlust vorzubürgern, der dadurch entsteht, daß beim türkischen Tedgaret (Gerichte) die Urteile in allen möglichen Sprachen, statt in der türkischen, vorgebracht werden, verlangt, daß solche in Zukunft von offiziellen Übersetzungen der respectiven Kanzleien begleitet sein sollen. (Pr. 3.)

Konstantinopel, 29. Januar. [Entsendung Ethem Pascha's nach den Donaufürsthämmern.] Dem „Pesther Lloyd“ zufolge wurde im letzten Ministerrat beschlossen, den früheren Minister des Auswärtigen, Ethem Pascha, der vorigen Sommer als kaiserlicher Kommissar in Serbien fungierte, nun als außerordentlichen Pförtnerkommissär nach den moldo-walachischen Fürsthämmern abzusenden. Ethem Pascha bekommt zu seiner Disposition von der rumelischen Armee 20 Bataillone Infanterie und die nötige Artillerie. Diese Truppen werden an der Donau aufgestellt und haben auf Befehl Ethem Pascha's in die Fürsthämmern einzurücken.

Jonische Inseln.

Korfu, 31. Jan. [Unionsbestrebungen.] Am 27. und 28. d. M. war unsere Stadt beleuchtet; Veranlassung hierzu gab der Beschluß des jonischen Parlaments, der Königin von England eine Bittschrift des Inhaltes zu unterbreiten, daß Ihre Majestät sich bei den Großmächten für die Union der jonischen Inseln mit Griechenland verwenden wolle.

Amerika.

New York, 21. Jan. [Tagesnotizen.] Von dem Präsidenten wurde ein Dokument veröffentlicht, in welchem sämtliche von amerikanischen Bürgern an das Ausland etwa zu stellenden Geldansprüche verzeichnet sind. Darunter befinden sich zwei Forderungen an Russland, eine von 16,000 Doll., die andere, von einem Herrn Perkins in Massachusetts, von 385,000 Doll. für einen unerfüllten Waffenlieferungs-Kontrakt während des letzten russischen Krieges. — Am Fraserflusse hatten die Goldsucher viel vom Winter zu leiden, und die Arbeiten waren fast ganz eingestellt. — In Victoria war eine Petition um Absetzung des Gouverneurs Douglas in Umlauf gebracht worden. — In Virginia starb ein Mann, Namens Jesse, im seltenen Alter von 120 Jahren.

[Der Winter in Amerika.] Während wird uns der mildesten Witterung erfreuen, ist in Nordamerika eine Kälte, wie sie dort seit 1820 nicht vorgenommen ist. Am 7. Januar erhob sich in Montreal nach einem gewaltigen Regen in der Nacht plötzlich ein gewaltiger Wind aus Nordwest und das Thermometer sank in den nächsten 3 Tagen bis 33 Grad unter Null. Die Kanadier erkennen aus dieser Kälte mit grohem Leidwesen, daß die Theorie von einer allmäßigen Milde der ihres Klimas eine Illusion war. Am 10. Januar, wo bei 32 Grad Kälte auch noch der Wind ziemlich stark ging, wagte sich Niemand auf die Straße, welchen dazu nicht die äußerste Nothwendigkeit trieb. Wer sich der Kälte ausgesetzt mußte, fühlte ein Prickeln im Gesicht, als wenn er Champagner getrunken hätte, aber wenn er nach Hause kam, trat eine Reaktion ein, die seinem Gesicht die Rundzähne des höchsten Alters geben zu wollen schien und die nur durch Neiben und längere Stubentemperatur überwunden wurde. Der Eisenbahnbetrieb stand still, weil die Lokomotiven eingefroren waren und hartnäckig jede Bewegung versagten. (?)

Port-au-Prince, 4. Jan. [Der Aufstand.] Der Kaiser marschiert gegen die Aufständischen, die er in einer Proklamation als durchaus ungesäßlich schildert. Seine Armee scheint vom besten Geiste besetzt. (Nach französischen Berichten bestand diese Armee aus 1000 Mann. Soulouque marschierte längs des Ufers, und es begleiteten ihn 3 mit seinen Schäben beladene Galeeren.) In Dominica waren durch ein vom 18. Dez. datirtes Dekret die Häfen Romana, Samana und Montecristo allen fremden Schiffen verschlossen worden (tritt für alle aus Europa kommenden Schiffe in 3 Monaten in Kraft).

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 9. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde die Berathung des 2. Berichts der Petitionskommission fortgesetzt. Die Petition aus der Nähe von Bromberg wegen verweigerten Baulizenzen auf einer isolierten Parzelle wurde nicht, wie die Kommission beantragte, dem Ministerium zur Berücksichtigung überwiesen, sondern, wie die Minister Flotow und v. Patow, so wie der Regierungskommissarius des Ministeriums des Inneren befürworteten, nach längerer Debatte durch einfache Tagesordnung erledigt. — Eine längere Diskussion erhob sich ebenfalls über die aus dem Dorfe Kratz bei Magdeburg gegen das Rayon-Regulativ vom 10. September 1828 eingegangene Beschwerde, welche die Kommission auch der Regierung überweisen will. Die Minister des Kriegs, der Justiz und der Finanzen befürworteten einfache Tagesordnung.

— Aus der Debatte über die Petition des rechtskräftig geschiedenen Schneiders Wendischlag, dem die Wiederverheirathung, obgleich sie ihm nach den Landesgesetzen zuteht, vom Konfiratorium unter dem Vorbehalt verweigert worden, daß sein Verschulden, welches die Scheidung herbeiführte, derselben im Wege steht, entnehmen wir den Bericht über die Sitzung am 7. d. nov. folgendes: Die Kommission beantragt die Tagesordnung, so weit sie verlangt, durch Vermittelung bei den geistlichen Behörden die Einlegung seiner neu eingehenden Ehe zu bewirken; sie schlägt aber vor, die Petition der Staatsregierung in der Erwartung zu überweisen, daß sie die Frage wegen Wiederverheirathung geschiedener Eheleute zum gesetzlichen Ausdruck bringe. Abg. v. Blankenburg will den ersten Theil der Petition: Übergang zur Tagesordnung, annehmen, den zweiten Theil aber ablehnen. Solche der Referent nicht in eine Theilung des Antrages willigen, so werde er beantragen, über den ganzen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Die Kommission habe darin vollkommen Recht, daß der Petent Unmöglichkeit verlange; denn die Kirche ordne ihre Angelegenheiten selbst. Bei ihrem zweiten Antrage siehe die Kommission nicht in Kongreß mit dem ersten Antrage. Zum Wegen einer gültigen Ehe gehöre gar nicht die Einlegung der Kirche; es stehe jedem der Austritt aus der Kirche und die Schließung einer dissidenten Ehe frei. Sodann solle man in einer so wichtigen Sache das Haus und die Regierung nicht kritisieren. Man könnte freilich auch in dem Antrag finden, daß ein bürgerliches Ehescheidungsgesetz die Differenz zwischen der kirchlichen und bürgerlichen Ehegeißelung zum Ausdruck zu bringen habe.

Nach einem solchen Gesetz zu drängen, sei jedenfalls keine Veranlassung. Der Justizminister habe bereits früher einen derartigen Gesetzentwurf eingebracht und denselben sehr warm vertheidigt. Das Haus möge dem Justizminister vertrauen, daß er diesen Weg wie vor zwei Jahren einzulegen werde. Auch zu dem Kultusminister habe er das Vertrauen, daß er jene Grundsätze, die er außeramtlich vertreten, auch amtlich zur Geltung bringen werde. Der Präsident erklärt eine Theilung des Antrages der Kommission nicht für möglich; die Kommission habe über den ganzen Inhalt der Petition die Tagesordnung beantragt; der zweite Antrag schließe sich als Resolution an den ersten an. Abg. v. Rosenburg-Lipinski: „In der ersten Sitzung des hohen Hauses habe ich erklärt, daß ich zur rechten Seite dieses Hauses gehöre, demnach keine Opposition gegen die jetzt bestehende Staatsregierung machen werde. Befinde ich mich heute vielleicht theilweise mit ihr im Widerspruch, so ist das exceptionell. In der letzten Sitzung habe ich den Antrag gestellt, eine ähnliche Petition der Staatsregierung zur dringendsten Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit großer Majorität angenommen. Dagegen ist nichts in dieser Angelegenheit geschehen. Kein Geist verfügt darüber aus anderen als den schriftmäßigen Gründen Geschiedenen die Wiederverheirathung. Weshalb verucht man bei dem vorhandenen Konflikte nicht, einen gesetzlichen Zustand herzustellen, den faktischen Zustand legal zu machen? Der erste konervative Grundsatze ist Stärkung der Autorität. Dazu gehört aber vor Allem Wahrheit in den Zuständen. Diese Nichtübereinstimmung der Gesetze mit ihrer faktischen Anwendung, darin bestand bisher der Leitgedanke der konservativen Partei. Diesem Gedanken habe ich mich aus allen Kräften widergestellt. Das war meine Opposition, das wird sie mein Lebend. Bei der Allgemeinheit des Unheils, welches uns jetzt bedroht, ist eine gesetzliche Regelung nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig. Da bisher nichts geschehen, vielmehr das offizielle Organ der Staatsregierung erklärt, es wird Alles beim Alten bleiben, so habe ich, um der Sache einen Anstoß zu geben, in der Kommission den vorliegenden Antrag gestellt.“ (Bravo rechts.) Abg. Bengel: „Ich stimme für den Kommissionsantrag. Zugleich aber will ich durch einige Worte konstatiren, was meines Erachtens die Kommission unter dem Antrag versteht. Daß der jetzige Zustand ein ungeeigneter und unerträglicher ist, darin stimme ich mit dem Vorredner vollkommen überein. Was soll es heißen, daß Parteien gesetzlich geschieden, das Urteil im Namen des Königs gesprochen und ausgeführt wird, und daß sie dann von anderer Seite damit zurückgewiesen werden, weil nach den Gründen, welche die Kirche befolgt, dieses Urteil nicht respektirt wird? Dieser Zustand entstand, weil ein wesentlicher Punkt der Verfassung noch nicht erledigt ist. Die Verfassung proklamirt Freiheit der Kirche. Von diesem Augenblick an ist es nur Zufall, wenn die Sitzungen der Kirche und des Staates zusammenfallen. Wenn auch die evang. Kirche ihre Organisation noch nicht gefunden, so hat doch der Staat kein Recht mehr, einen Zwang auf sie auszuüben. Dadurch ist aber der Staat verpflichtet, ein Institut, welches eine kirchliche Farbung im Laufe der Zeiten erhalten, aber keinen kirchlichen, sondern rein menschlichen, rein bürgerlichen Zweck hat, den Staatsangehörigen zu sichern und frei zu erhalten. Es ist also nothwendig geworden, daß der Staat diesem Institut eine bürgerliche Einrichtung giebt. Dadurch, daß der Staat jemanden nothigt, Dissident zu werden, ist die Verfassung nicht gewahrt. Der Staat hat nicht das Recht, jemanden aus der Kirche zu treiben. (Bravo rechts.) Eine Ehe kann auch der schlechteste, dem die Kirche die Trauung verweigert, wenn er Jude oder Heide wird; das ist aber nicht verfassungsgemäß. Der Artikel über die Civilehe ist vielmehr nothwendig für die Freiheit der Kirche. Ich verstehe daher den Antrag der Kommission dahin, daß die Regierung die Sache so erledigt, daß auch die Frage der Wiederverheirathung Geschiedener dadurch ihre Lösung findet. Dagegen bin ich aber entschieden, daß die Lösung des staatlich kirchlichen Konflikts bloß in der gesetzlichen Regelung der Wiederverheirathung Geschiedener gefunden werde. Einem solchen Gesetz würde ich meine Zustimmung nicht geben; es würde immer neuen Widerstand hervorbringen. Denn ein Theil will gar keine gesetzliche Regelung, Anderer dagegen wollen Nottheit; wieder Andere, wie auch ich, verlangen die Lösung durch Einführung der Civilehe. Es ist hier nicht der Ort, darüber sich auszulassen, wie letztere Frage zu erledigen ist. Ich spreche nur meine Meinung aus, daß ich den Kommissionsantrag im Sinne einer Lösung auf Grund des Art. 19 der Verfassung verstehe. Der Konflikt, mit dem wir es hier zu thun haben, ist tief greidend. Entweder führt er zur Gleichgültigkeit gegen die Kirche, oder zur Nichtachtung gegen den Staat. Doch sind dies nicht die einzigen Konflikte, die uns heute beschäftigen, die auf demselben Boden bestehen. Ich erinnere an die gemischten Ehen, erinnere daran, daß man in einigen Gegenden von den Landleuten vor Einlegung der Ehe sogar ein sogenanntes Brauteramen verlangt. Eder Tag kann neue Konflikte bringen, die eben so wie die erwähnten Nebelstände gesetzliche Regelung erfordern. Es hat Alles für sich, wenn diesen Nebelständen auf dem Boden der Verfassung und des Art. 19 der Verfassung begegnet wird.“ (Bravo.) Abg. Österreich stimmt für den vom Abg. v. Blankenburg beantragten Tagesordnung. Es sei der Geschäftsaufordnung gemäß, sich bei Berathung von Petitionen nur mit konkreten Fällen zu beschäftigen. Ueber den Fall selbst sei ja auch von der Kommission Tagesordnung beantragt worden. Der Konflikt selbst sei dem Staatsministerium hinlänglich bekannt, und man brauche nicht durch den Kommissionsantrag die Aten des Staatsministeriums zu bereichern. Abg. v. Winter (Hagen): „Wenn der Abg. Bengel sein Votum an gewisse Voraussetzungen knüpft, so muß ich bemerken, daß gegen diese Voraussetzungen in der Kommission kein Widerstand erhoben. Ich stimme persönlich mit dem ehrenwerten Mitgliede vollkommen überein; in der Kommission hat man aber die Angelegenheit, offen gestanden, nicht so speziell beleuchtet, wie er. Man wollte durch Überweisung der Petition zwar die Staatsregierung auf einige der schändlichen Missbräuche aufmerksam machen, hielt es aber nicht für ratsam, auf die Frage selbst, bei dem Stadion, in welchem sie sich zur Zeit befindet, näher einzugehen. Es ist uns von vielen Seiten nahegelegt worden, in dieser Session von unserem Rechte der Initiative nur einen mäßigen Gebrauch zu machen. Denn leider ist das gegenwärtige Staatsministerium erst sehr kurze Zeit im Amt (Heiterkeit) und kommt bei der Menge der Nebelstände eine solche, welche das öffentliche Interesse im höchsten Grade erregt. Es giebt sich darin ein unbestreitbares Bedürfnis der Abhälse fund. Mehrfache Versuche, diese schwierige Frage unter Mitwirkung der Landesvertretung durch die Reform des bürgerlichen Scheidungsberechts zu lösen, haben zu keinem Resultate geführt. Die Schwierigkeit liegt weniger in der Sache selbst, als in den verschiedensten Auffassungen derselben, die, da es eine religiöse Frage ist, selbst zusammengehörige Kreise, ja fast alle Parteien in sich gespalten hat. Die Regierung hat von Anfang an dieser Frage ihre ernste Aufmerksamkeit gewidmet; sie ist gegenwärtig mit Berathung dieser Lösung beschäftigt, aber noch nicht in der Sache, sich darüber offen anzuspielen. Sobald sie dazu im Stande ist, wird sie es mit der größtmöglichen Offenheit thun, und in diesem Sinne ist die Regierung dem Antrage der Kommission nicht entgegen, ja sie wird die Aeußerungen, welche heute hier schon gefallen sind, gebührend berücksichtigen.“ (Bravo rechts.) Abg. v. Blankenburg: „Den Abgeordneten v. Rosenberg und Bengel stimme ich darin bei, daß die bereitgestellten Zustände traurig sind. Aber es sind keine ungesetzlichen. Auf beiden Seiten wird nach bürgerlichem und kirchlichem Rechte gesetzlich verfahren. Wird jemand genötigt, Dissident zu werden, so treibt ihn die Kirche aus, nicht der Staat. Da es sich hier nur um einen Konflikt in der evangelischen Kirche handelt, so ist um so weniger Grund vorhanden, vorzeitig in die Verhältnisse einzudringen und nach neuen Maßregeln zu drängen.“ Abg. Bengel: „Ich berichtige den allerdings nicht korrekt gebrauchten Ausdruck „un gesetzlich“. Gesetzlos sind die Zustände, um die es sich hier handelt. Gesetzlos ist es, wenn Bestimmungen, die nicht aufgehoben sind, nicht angewendet werden. Ein gelegentliches Zustand ist ebenso schlimm als ein ungelebter.“ — Der Präsident zieht die Diskussion und ertheilt dem Referenten Dr. Jonas das Wort. Zwei Thatsachen, sagt dieser, liegen in der Petition vor: die eine, daß nach bürgerlichem Rechte der Wiederverheirathung des Petenten nichts entgegenstehe; die andere, daß ihm trotzdem die Ausübung seines Rechts kirchlich abgehalten werde. Dieser Konflikt müsse ausgelöscht werden. Ein Zwang gegen den Oberkirchenrat könnte nicht geübt werden; Regelung durch ein Gesetz sei allein möglich. — Bei der Abstimmung wird zuerst der Antrag auf Tagesordnung abgelehnt. Dafür die Fraktionen von Arnim-Herrichsdorf und v. Blankenburg, einige Polen und das katholische Centrum. Dagegen die ganze rechte Seite des Hauses, die Minister und einige Polen. Der Kommissionsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen; dafür die Minister, die ganze rechte Seite des Hauses, einige Polen, v. Rosenberg-Lipinski, einige Mitglieder der Fraktion v. Arnim-Herrichsdorf. — Der Appellationsgerichtsrat Schmidt aus Köln, Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den zweiten Koblenzer Wahlbezirk (Kreise Kreuznach, Simmern und Bell), ist am 4. d. in Berlin am Nervenfeuer verstorben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 10. Febr. [Stadtverordneten-Versammlung.] Unsere Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, zwei Petitionen an den jetzt in Berlin versammelten Landtag zu richten. Die erste betrifft einen Antrag wegen Wieder-verleihung der früheren Rechte der Real-schulen bei den Entlassungen und schließt sich im Wesentlichen den bereits von vielen Städten unsers Vaterlandes an den hohen Landtag eingegangenen Petitionen an. Auch von dem Vertreter unserer Stadt im Abgeordnetenhaus, dem Oberbürgermeister, Geh. Rath Naumann, waren dahin zielende Anträge hier eingegangen. Als Grundzüge der Petition wurden festgestellt, zu beantragen, daß den Real-schulen die bereits 1850 befreiten Rechte zurückgegeben werden möchten, namentlich die Gleichstellung mit den Gymnasiern beim einjährigen Militärdienst, beim Staatsdienst im Berg-, Hütten- und Salinenwesen, im höhern Baufach und außerdem zum Studium der philosophischen und medizinischen Wissenschaften. Mit der Ausarbeitung eines Entwurfs der Petition ist eine Kommission des Magistrats und das Schulkuratorium betraut worden. Eine zweite Petition betrifft die Entlassung der Stadt aus dem Zwangsverbande der Provinzial-Feuersozietät. Es sind bereits früher von der Stadt zu wiederholten Malen derartige Anträge an den Provinzial-Landtag gerichtet, von diesem jedoch aus naheliegenden Gründen abgelehnt worden. Ein gleiches Schicksal haben diese Gesuche früher in Berlin gefunden, obgleich man die Billigkeit der Forderung in neuerer Zeit erkannt hat, da die Stadt bei den bisherigen Einrichtungen circa 30,000 Thlr. jährlich mehr aufbringen muß, als sie am Feuer-fassengeldern empfängt. Die Stadtverordneten-Versammlung will nun nochmals an beide Häuser des Landtags dieserhalb Petitionen richten und hofft, daß bei der Billigkeit ihres Gesuchs denselben Gewährung zu Theil werden wird. Zur Ausarbeitung der Petition wird eine Kommission erwählt, die sich mit dem Magistrat dieserhalb in Einvernehmen setzen soll.

Aus Anlaß des freudigen Ereignisses, welches unser erhabenes Herrscherhaus und mit ihm das ganze Land betroffen durch die Geburt eines Prinzen, welcher dereinst berufen ist, den Thron unsres Vaterlandes zu besteigen, hat die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß gefasst, eine städtische Stiftung zu gründen, aus welcher talentvollen unbemittelten Jöglingen unsrer Real-schule, die sich wissenschaftlichen Studien oder dem höhern Gewerbsleben widmen wollen, Stipendien zu ihrer weiteren Ausbildung gewährt werden sollen. Aus städtischen Fonds hat die Versammlung hierzu 1000 Thlr. bewilligt und den Wunsch kundgegeben, daß dieser Betrag durch freiwillige Zeichnungen Seitens der Einwohner unsrer Stadt verstärkt werde. Wir haben die Zuversicht zu dem patriotischen Sinne unsrer Mitbürger, daß sie sich bei diesem edlen Unternehmen nach Kräften be-theiligen werden, damit der Zweck dieser Stiftung in wahrhaft

würdiger Weise erreicht werden möge. Die Vorbereitungen sollen in den nächsten Tagen getroffen werden. Den Bericht über die sonstigen Verhandlungen der gestrigen Sitzung behalten wir uns vor.

Posen, 10. Februar. [Polizeibericht.] Gefohlen nachstehende Gefindebetriebe, die am 5. d. Mts. Abends entwendet sind: ein Unterbett, rot und weiß gestreifte Inlette, ein Oberbett, blau und weiß gestreifte Inlette, Kopftücher, blau und weiß gestreifte Inlette, Überbett und Kopftücher, lila und weiß farrierte Überzüge, B. B. gez., und 2 Bettläden, auch B. B. gez.; ferner: 2 silberne Löffel mit spitz zulaufenden Stielchen, einer gez. P. G., 3 weiße Putzbüchsen und 1 schwarzer Putzbuch, ein grauer Damen-Düffelmantel, die Pelzkrage (Steinmarder), eine sandfarbene Pellerine mit braunem Sammetbesatz. — Verloren: ein Pelzkrage (Steinmarder), eine sandfarbene Pellerine mit braunem Sammetbesatz. — Gefunden: ein kleiner neuer Schlüssel.

< **Lissa**, 9. Febr. [Gerichtsverhandlung; Mittheilungen eines besseren Deutschen aus Ostindien; Dr. Stolte's Vorlesungen seines Faust; Theater-Gaespiele.] Vor den Sälen des biegen dreirichterlichen Kollegiums stand am 31. v. M. ein bessiger Korrespondent der "Posener Zeitung" unter der Anklage, der Verleumdung eines Beamten in Beziehung auf seinen Beruf". Der Angeklagte suchte zunächst darzuthun, daß ein dolus seiner Berichterstattung nicht zu Grunde gelegen und trat schließlich den Beweis der Wahrheit durch die Aussagen der auf seinen Antrag justierten Zeugen an. Wiewohl er auf Grund dieser Zeugenaussagen der Verleumdungsanklage freigesprochen worden, so ward er doch nichtsdestoweniger vom Gerichtshofe wegen "Schwerzung eines Beamten" zu einer Geldbuße von 10 Thlr. event. dreitägiger Gefängnisstrafe und in Tragung der Kosten verurtheilt. Da die höchst interessante Gerichtsverhandlung, so wie die daraus in erster Instanz hervorgegangene Entscheidung von prinzipieller Bedeutung für derartige Fälle von öffentlichen Berichterstattungen erscheint, so werde ich mir erlauben, Ihnen dieselbe in kurzem Zusammenhänge in meinem nächsten Berichte zu bringen. — Das in diesen Tagen eingegangene Schreiben eines bessigen Israeliten, der bei dem deutschen Freiwilligen-Bataillon in Ostindien als Lance-Korporal dient, bringt einige interessante Data sowohl über die Zustände und die Eingeborenen in jenem Lande, als über die Verhältnisse der deutschen Legionäre selbst. Nachdem das genannte Bataillon 1 Jahr 9 Monate auf dem Kap der guten Hoffnung kantonirt, bekam es Mitte Oktober v. J. den Befehl zur Einschiffung nach dem Kriegsschauplatze in Indien. Die selbe erfolgte am 10. Oktober, und nach einer Fahrt von 55 Tagen langte die Mannschaft an dem Ziel ihrer Fahrt (Cape Town) an. Der Berf. schildert nun die fast täglich vorkommenden Kämpfe mit den noch in der Empörung begriffenen Eingeborenen. Von Bombay ward das Bataillon 1808 englische Weiten per Eisenbahn nach dem Kriegsschauplatze und zwar zunächst nach Camp Bonn befördert. Im Vergleich zu dem Aufenthalte auf dem Kap findet der Schreiber des Briefes das Leben in Indien trotz der Kriegsstrapazen und Gefechte viel annehmlicher und alle Lebensbedürfnisse bedeutend billiger, als in Afrika. Ge-gegenüber den Kaffern erscheinen die Indianer ein gut civilisiertes Volk. Diese leben noch in völlig wildem Naturzustande, der sich bis auf die Entbehrung aller Körperkleidung erstreckt, sie sind ferner dem Ackerbau und Handel ganz fremd und treiben höchstens dürtig einige Viehzucht, während die Eingeborenen Indiens sich mit Gewerbe, Handel und Handwerk allen Art beschäftigen und sich von den eingewanderten europäischen Ansiedlern äußerlich hauptsächlich nur durch ihre dunkle Hautfarbe und die Prunksucht unterscheiden, die sie durch das Tragen von goldenen und silbernen Ringen und anderem Geschmiede an Händen, Füßen, Nase und Ohren zur Schau stellen. Es gibt unter ihnen viele sehr reiche und gewandte Geschäftleute und unter den Handwerkern sogar solche, die ihren Beruf mit vieler Kunstfertigkeit betreiben. Unter den Kaffern Süd-Afrikas ist der unter englischem Schutz stehende Stamm der Xingos noch der erträglichste; völlig wild leben die Hottentotten. Ihr Aufenthalt ist meist in Bergglüchten und Wäldern; ihre Trägheit und angeborene Arbeitslust so groß, daß sie lieber hungern, als arbeiten. Der Soldat erhält täglich bei völ-

lig freier Naturalienlieferung in Brod, Fleisch, Gemüse und Thee 5 Sgr. Die schwarzen Eingeborenen (es gibt deren auch kupferfarbene und von gelblich-weisser Hautfarbe) lohen nicht bloß für, sondern bedienen vollständig das Militär. Ihre Dienstleistungen erstrecken sich auf alle Verpflichtungen für Gesunde und Kranke, so daß der Soldat in der Garnison nur auf Wachdienst und Exerziren angewiesen ist. Wegen der großen Hitze geschieht dies nur vor Sonnenaufgang und nach dem Untergange der Sonne. Am Tage werden im Gar-nisonsdienste alle Posten eingezogen. Die eingeborenen Indianer hingegen unterbrechen aus Gewohnheit auch während der Tageszeit ihre Thätigkeit nicht. — Dr. Stolte hielt am Abend des jüngsten Freitag und Sonnabend in der ihm zu diesem Zweck freundlich offerirten Wohnung des Kommerzienrats Scheel vor einer ziemlich zahlreichen (etwa 80 Personen starke), auschließlich dem gebildeten Publikum angehörigen Zuhörerschaft die Vorlesung seines episodisch-didaktischen Dramas "Faust". Mit regem, stets steigendem Interesse und gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer dem von einem echt poetischen Geiste durchwehten, in seiner ganzen Anlage von fiktivem und philosophisch klarer Erkenntniß durchdrungenen Gedankengänge seiner Dichtung. Es ist vielleicht der Wunsch ausgeprochen worden, daß Herr Dr. Stolte die Vorlesung seines "Faust" hier wiederhole, und wird die Wiederholung derselben jedenfalls eine noch größere Beliebtheit finden. (Dr. Stolte beabsichtigt auch hier den Vortrag seines Werkes, das bisher überall in den größten Städten und von den kompetenteren Beuthelern, Dichtern wie Philosophen, umwundene Anerkennung gefunden hat. Mag denn vorläufig unser gebildetes Publikum darauf hingestellt sein.) D. Red.) — Theaterdirektor Lehmann führt fort, uns mit seinen dramatischen Vorstellungen schöne Abendgenüsse zu bereiten. Die Gaespiele des Herrn und der Frau Dr. Stolte, durch die ihm eine Aufführung von schwierigen Bibbenstücken möglich ist, üben nach wie vor große Anziehungs-kraft. Die zum Benefiz für die Gäste am vorigen Dienstag aufgeführt "Jungfrau von Orleans" zeigte ein so überfülltes Haus, wie nie vorher. Mit einer Wiederholung der "Maria Stuart" und der Aufführung des "Faust" werden sie ihre hieligen Gaespiele in den nächsten Tagen schließen.

Augekommene Fremde.

Vom 10. Februar.

HOTEL DU NORD. Die Probstie Szandurski aus Ottorowo u. Maszewo aus Podgorze, Kaufmann Zembis aus Krotochin. SCHWARZER ADLER. Bürger Tidarski aus Grätz, Gutsb. Iffland aus Pietrowo, Frau Kaufmann Grywald aus Gnesen. BAZAR. Die Probstie Kuliniski aus Guschowo und Laski aus Jezevo, Gutsb. v. Laski aus Posadowo. OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsb. Graf Bleista aus Grodzic, Fabrikant Mager aus Breslau, Kaufmann Burbaum aus Fürth, Gutsb. v. Waltgorski aus Rostowrowo. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Ober-Inspektor Kinzel aus Jarocin, die Kaufleute Pinoffs aus Stettin, Wanders aus Kreisfeld, Gebler aus Berlin und Weizenborn aus Mühlbach, die Rittergutsb. v. Kalkstein u. v. Wielciki aus Stawiany. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsb. Kernbach aus Kicin, Reg. Kondukteur Schne aus Kulm, die Gutsb. Beier aus Jawadda und Neumann aus Kryzownit. HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Hoffmann aus Kleszczewo u. Bogolinski aus Baczowo, Kaufmann Weiland aus Rimbach. BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Kerach aus Königsberg, Kleinjung aus Berlin, Freundlich aus Rogasen, Oberförster Palm aus Glogau, Dr. Seligsohn aus Doborn. GROSSE EICHE. Wirths. Insp. Wyganowski aus Gnesen. GOLDENER ADLER. Hüttenbeamter Meves aus Langerhütte, Bürger Mosel und die Kaufleute Tausl aus Bronne, Lewinsohn aus Buk, Zellner aus Ziems und Berkowski aus Regocin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Monat Februar c. liefern die nachge-nannten Bäcker das Roggenbrot und die Semmel zu den begehrten schwersten Gemüthen:

1) Brot à 5 Sgr.
Brothändler Jäger, Bäckerstr. 6. 5 u. —
Robert Wismath, St. Martin 64. 5. —
Valentin Preissler, Bäckerstr. 21. 4. 25.
Ernst Baden, Mühlenstr. 18. 4. 22½.
Gustav Maywald, St. Adalbert 3. 4. 16.
Theodor Duszkiewicz, St. Martin 12. 4. 16.
Friedrich Knipper, St. Martin 22. 4. 16.
2) Semmel à 1 Sgr.
August Bully, Breslauerstr. 30. 12. 4½.
August Tomski, Markt 85. 12. .
Sobkiewicz, Breslauerstr. 34. 12. .
Vinzenz Pade, St. Martin 3. 12. .
Diengott Jänsch, Friedensstr. 33. 12. .
Gustav Maywald, St. Adalbert 3. 12. .
Ignaz Wialecki, Wallstraße 44. 12. .

Im Ubrigen wird auf die, an den Verkaufsstellen ausgehangten Bäckereyarten vertheilt.
Posen, den 7. Februar 1859.
Königliches Polizei-Direktorium.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Säcken für die Proviантäume
a) in **Posen** ... mit 7000 Stück,
b) in **Glogau** ... 2700
c) in **Bromberg** ... 800

soll im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen sind bei den vor-nannten Königlichen Proviантäumen, bei den Depot-Magazinverwaltungen in **Lissa**, **Sagan**, **Schneidemühl**, **Natel** und in unserer Registratur einzusehen.

Schriftliche Anerbietungen von lautionsfähigen Unternehmern wegen Übernahme der quäst. Lieferung, welche genau den Ver- und Zusamen den Wohnort des Offerten und den Preis pro Sack in Zahlen und Worten angegeben, enthalten müssen, werden bis insl. den 20. d. Mts. in unserem Geschäftskloster angenommen.

Posen, den 4. Februar 1859.

Königliche Intendantur à Armeekorps.

Notwendiger Verkauf.

Das den Erben des Alexander v. Brause-Brudzewski gehörige, im Gnesener Kreise, Regierungsbezirk Bromberg belegene adlige Gut Labiszyn, wozu das Dorf Piotrowo, das Dorf Wola, die Mühle Sawiczyn und das Establissemant Zielony Gaj als Nebengüter gehören, nach der Landschaftsstaate vom 23. Juli 1850 auf 127,531 Thlr. 1 Sgr. abgeschäft, soll in termino den 16. April 1859 Vormittags 11 Uhr im Wege der Subhaktion an hiesiger Gerichtsstelle meistbietend verkauft werden.

Der neueste Hypothekenheft, Taxe und Kaufbedingungen können in unserem Bureau III. B. eingesehen werden.

Die dem Wohnorte nach unbekannten Wanda Josephina, Stanisława, Helena Jawerje Wincentine und

Porzellananwaren-Auktion.

Montag am 14. Februar c. und die folgenden Tage, Vor- und Nachmittags, werden ich im Auktionslokal Breitestr. 20 und Büttelstr. 10 für answärtige Rechnung

eine Partie weißer Porzel-langezirre,

als: Tassen, Schüsseln, Terrinen, Saucieren, Kabaretts, Aushenteller, Salatiere, Kompottieren, Kaffee-, Thee- und Wachserviere, so wie mehrere vollständige englische Tafel-service zu 12 Couverts, gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschiz, königl. Auktionskommissarius.

Bekanntmachung.

Verkauf von Nuszholtlaßtern.

In den fürstlichen Forsten Fürtenthums Kro-tozyn sind bis jetzt 83½ Klaftern Eichen-Nuszholt 1. Klasse, 29½ Klafter 2. angefallen, welche im Wege der Submission verkauft werden sollen.

Die Öfferten sind schriftlich und versiegelt mit der Bezeichnung "Submissionsgesetz für Nuszholt" bis zum 22. d. M. Mittags 12 Uhr dem fürstlichen Forstameister Kro-tozyn zu Friedrich-Wilhelms-Hayn einzureichen.

Die Verkaufsbedingungen und das Verzeichniss der gedachten Holzer sind bei den fürstlichen Forstämtern Adelina und Krotozyn während der Dienststunden einzusehen.

Der Zuschlag erfolgt am 22. d. M. Nachmittags, Schloß Krotozyn, den 7. Febr. 1859.

Fürstlich Thurn und Taxische Rentkammer.

Czekoński. Neuner.

Brachtenswert für die Herren Land- und Forstwirthe,

Blumen- und Gartenfreunde.

Mein diesjährige reichhaltiges Verzeichniss von Gemüse-, Feld-, Gras-, Wald- und Blumen-Sämereien, so wie mein Pflanzenverzeichniss ist jetzt erschienen und steht auf gefälliges franktes Verlangen gratis und franco zu Diensten.

Ich habe mich auch dieses Jahr wieder bestrebt, meine Sämereien in bester Qualität zu beschaffen, und werde meine geehrten Kunden durch frische und reelle Waare bei mäßigen Preisen bestens zu befriedigen suchen.

Posen.

von Heinrich Mayer, Kunst- und Handels-gärtner,

Königsstraße Nr. 15 a.

Pianofortes aus den renommiertesten Fa-

briken empfiehlt in reicher Auswahl

Samuel Meyer Kantorowicz,

Märkt Nr. 52.

Echter Patent-Portland-Cement

von Robins & Co., London,

patentiert im Jahre 1824, prämiert 1851 c.

Da alljährlich die Frage nach unserem patentierten Portland-Cement sich steigert und auch in diesem Jahre schon sehr bedeutende Anträge eingegangen sind, so erfüllen wir alle Käufer und Verbraucher von Cement, unserm Cessonar für Ost- und Westpreußen, Schlesien, Polen, Krakau, Galizien, Polen und Russland, Herrn E. A. Lindenberg in Danzig, besonders in diesem Jahre ihre Anträge freizüglich zu übergeben.

Great Scotland Yard Withehall und Northfleet.

Robins & Co.

Bezugnehmend auf obige Bekanntmachung bitte ich um gefällige frühzeitige Einwendung der Anträge, damit ich im Stande bin, jeden Wunsch zu berücksichtigen. Zugleich empfehle ich ab Stettin oder Danzig:

engl. Dachschieber und Schieferplatten, natürlichen Asphalt, Gudron, engl. Chamotte, engl. patentirten Asphalt-Dachziele, engl. glasirte Thorböden zu Wasserleitung, Entwässerungen &c., engl. geschmiedetes Eisenrohr nebst Verbindungen zu Gas- und Wasserleitungen, so wie alle Artikel meines Engros-Lagers,

worüber gern Preise und Auskunft ertheile.

Danzig.

E. A. Lindenberg.

Täglich frisches

Leinöl

empfiehlt zu 4½ Sgr. das Pfund

Adolph Asch,

Schloßstr. 5.

S. Kantorowicz,

Posen, Markt 65.

Drillichäuse ohne Raht,

à 12 Sgr.,

find so eben eingetroffen in der Leinwand- und Teppichhandlung von

S. Kantorowicz,

10-11,000 Quart
roher Kornspiritus reinster Qualität liegen zum
Verkauf. Wo? dies ist in der Expedition dieser
Zeitung zu erfahren.

Frischen austr. Kaviar, Elbinger Neun-
gangen, marinirten Brataal empfiehlt
A. Remus.

Auf dem alten Markt in dem Mühkeller vom
Dom. Solace ist täglich frische But-
ter zu bekommen.

Nächste Ziehung
300 Gewinne mehr
als bei voriger.

166,000 Thaler
Hauptgewinn der

Jedes Loos muss einen Gewinn erhalten.
Hauptgewinne in Gulden: 250,000, 200,000, 150,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000,
5000, 4000, 3000, 2000, 1000 etc. etc.

Es dürfte für Jedermann von Interesse sein, den Plan dieser, auf's Größtartigste ausgestatteten Verlosungen kennen zu lernen, es ist derselbe gratis zu haben und wird franco überschickt.

Loose werden zu dem billigsten Preise geliefert, und beliebe man sich baldigst direkt zu wenden an das Bank- und Staats-Effekten-Geschäft

Anton Horix in Frankfurt am Main.

St. Martins- und Wilhelmstraße:
Gde Nr. 78 sind vom 1. April zu vermieten eine Giebelstube, mehrere Kellerstuben und Bagettschen einzeln oder zusammen.

Eine möblierte Stube ist zu vermieten Wil-
helmstraße Nr. 26 bei A. Bardfeld.

Große Gerberstraße 17 ist im 2. Stock vom
1. April c. ab eine Wohnung zu vermieten.

Eine freundliche Stube und Altstube, möbliert
oder unmöbliert, ist sofort zu vermieten.
Nähre Auskunft erteilt der Kreisrathorat

Jeenicke, Bäckerstraße Nr. 10.

Für mehrere Manufaktur- und sonstige
Warenhandlungen Berlins und anderer grö-
ßerer Plätze können Kommiss durch meine Ver-
mittelung engagiert werden.

Aug. Götsch, Berlin, alte Jakobstr. 17.

Zum 1. April oder sogleich wird eine mit sehr
guten Zeugnissen versehene Köchin, die die
feine Kochkunst verfügt, gesucht. Meldungen

erhält der eheliche Kinder eine entsprechende Be-
lohnung.

Entgegnung.

Mit Bezug auf die erlassenen Annoncen in dieser Zeitung über Marmor-
Gegenstände entgegne ich Folgendes:

Kein Freund von vielen Annoncen, auch von denen nicht, welche kürzlich
über meine Marmorwaaren - Niederlage in Posen ohne mein Wissen
und Zuthun geschehen sind, indem ich auch ohne Annoncen durch Reclitat und
Gottes Segen von Königsberg bis zum Rhein bekannt worden, selbst für

Sr. Majestät unserm allernädigsten König Arbeiten für Sanssouci zur
Zufriedenheit ausgeführt habe - will ich auch hier nichts weiter sagen, als

"dass ich wohl Besitzer und Pächter von schönen und
reichhaltigen Marmorbrüchen bin", welches ein An-

onymus in dieser Zeitung verneint hat.

Mein Wahlspruch ist und bleibt: "Komm und siehe es!"

Ober-Peilau an Gnadenfrei in Schlesien, im Februar 1859.

2100 Loose
erhalten

2100 Gewinne.

C. Thust.

Bei C. H. Schröder in Berlin ist so eben erschienen und in Posen bei

J. J. Heine, Markt 83, zu haben:

Ueber die wahren Ursachen

der habituellen Leibesverstopfung,

und die zuverlässigsten Mittel,

diese zu beseitigen.

Bon.

Dr. Moritz Strahl, königl. Sanitätsrath ic.

Sechste, mit Abbildungen erläuterte, durch eine Abhandlung über die Cholera

reich vermehrte Auflage.

8. geh. 12 Bogen. Preis 10 Sgr.

Ein Werk, das schon vielen Laien zum Sagen gereicht hat, bedarf keiner besonderen Empfehlung. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass der Herr Verfasser seit einer langen Reihe von Jahren durch seine glückliche Behandlung Unterleibskranken einen glänzenden Ruf, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, erlangt hat. In dieser Schrift findet man auch über Hämorrhoiden, Hypochondrie und trankhafte Lustentzündung die interessantesten Aufschlüsse in klarer, lichtvoller Weise vorgetragen.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 9. Februar 1859.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 8½ 79½ bz

Aachen-Maastricht 4 30½ G

Amsterdam-Rotterdam 4 71½ B

Berg. Märk. Lt. A. 4 75½ bz

do. Lt. B. 4 —

Berlin-Anhalt 4 106 bz

Berlin-Hamburg 4 103 bz

Berl.-Potsd. Magd. 4 125½ bz

Berlin-Stettin 4 104 bz

Bresl. Schw. Freib. 4 87½ G

do. neueste 4 —

Brieg-Neth. 4 56 B

Cöln-Crefeld 4 70 B

Cöln-Winter 4 135 bz

Cöf. Oderb. (Wih.) 4 —

do. Stamm-Pr. 4 78½ G

do. do. 5 —

Elisabethbahn 5 —

Łobau-Zittauer 4 —

Ludwigsburg. Verb. 4 145 bz

Magdeb. Halberst. 4 182 B

Magdeb. Bittenb. 4 40½-41½ bz

Mainz-Ludwigsb. 4 50½ bz

Medlenburger 4 91½ G

Neustadt-Wilkenb. 4 93½ bz

Nieder-Schles. Märk. 4 —

Niederschles. Zweigb. 4 —

Nordb. Fr. Wih. 4 57½-58 bz

Oberl. Lt. A. u. C. 3½ 126½ B

Oberl. B. 3½ 117½ bz

Destr. Kredit. do. 5 103½-102½-3½ bz

Destr. Franz. Staat. 5 149-148-149½ bz

Pomm. Ritt. do. 4 95 B

Oppeln-Tarnow 4 45½ B

Pr. Wih. (Steel-B.) 4 60½-1 bz

Rheinische, alte 4 85 B

do. neue 4 —

do. neueste 5 82½ B

do. Stamm-Pr. 4 89 G

Rhein-Nahebahn 4 56 B

Rhein-Ruhrbahn 4 97½ bz

Rheinbahn 4 92½-1 bz

Rheinbahn 4 93 B

Rheinland 4 104 bz

Rhein-Nahebahn 4 90 B

Rhein-Saarbahn 4 80 G

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 99 B

Rheinisch. Pr. 4 78 B

Rheinisch. Pr. 4 82 B

Rheinisch. Pr. 4 87½-86½-87½ bz

Rheinisch. Pr. 4 103 G

Rheinisch. Pr. 4 89½ bz

Rheinisch. Pr. 4 77 B

Rheinisch. Pr. 4 83½ etm bz

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 75 B

Rheinisch. Pr. 4 68 G

Rheinisch. Pr. 4 77 B

Rheinisch. Pr. 4 83½ etm bz

Rheinisch. Pr. 4 78½ B

Rheinisch. Pr. 4 82 B

Rheinisch. Pr. 4 75½ B

Rheinisch. Pr. 4 101½ G

Rheinisch. Pr. 4 85 B

Rheinisch. Pr. 4 92½ B

Rheinisch. Pr. 4 100 B

Rheinisch. Pr. 4 98 G

Rheinisch. Pr. 4 103 B

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B

Rheinisch. Pr. 4 102½ G

Rheinisch. Pr. 4 95 B